

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Sonnabends.

Preis vierteljährlich durch
die Post bezogen 1,20 Mk.
Eingetragen in die
Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis:
50 Pf. für die 3 gepost.
Zeile.
Geschäftsanzeigen werden
nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358.15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brep.
Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr.
Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3.
Fernsprechanhänge 2 28 41 und 2 28 42.

17. Verbandstag.

In der Wiedergabe der Tagesordnung für den 17. Verbandstag ist ein Irrtum unterlaufen. Beim Punkt 8 muß es heißen:

8. Arbeitsrecht und Reichsarbeitsgericht im Lichte der Rechtsprechung. Kollege Schmidt.

Die Lohnabbau-Lawine.

„Erst ist es ganz winzig, ne Kleinigkeit bloß; dann wächst es an und wird riesenhaft groß“ — an dieses Wort muß man denken, wenn man die neuen und neuesten Lohnabbauforderungen der Unternehmer hört. Jawohl, der Appetit kommt beim Essen. Das trifft auch auf diesen Fall zu. Zuerst waren es nur einige Pfennige, ein paar Prozent, um die der Lohn gesenkt werden mußte, um die Betriebe lebensfähig zu erhalten und um die deutsche Wirtschaft zu retten. Und weil es da so schön leicht ging, diese paar Pfennig abzubauen, dank der steigenden Arbeitslosigkeit, warum sollten die Unternehmer nicht weitergehen auf einem Wege, der ihnen so mühelos Profite verspricht? Sie gingen weiter.

Es kam die Parole der allgemeinen Lohnsenkung um 6 Prozent. Die Reichsregierung leistete Hilfestellung dazu. Schiedsprüche wurden gefällt und für verbindlich erklärt, die einen Lohnabbau um 6 Prozent als normal hinstellten, der nicht zu umgehen sei. Der Preisabbau sollte ja folgen, der Preisabbau, von dem der Volksmund sagt: „Es kriegt einen Preis, wer vom Abbau etwas merkt.“ Aber er folgte eben nicht, durfte ja auch nicht in entsprechendem, notwendigem Maße folgen, weil ja dann die ganze Lohnabbauaktion ihren Zweck verfehlt hätte. Auch in den Industrien, die zum Arbeitsgebiet unseres Verbandes gehören, ließen die Unternehmer mit Lohnabbauwünschen nicht auf sich warten. In der Glas-, in den keramischen Industrien wurde der Arbeiterschaft ein Lohnabbau bis zu 7 Prozent aufgezwungen. Die Wünsche der Unternehmer gingen hier wie in der Papierindustrie noch viel weiter. Daß sie nicht ihr Ziel erreichten, lag nicht am guten Willen der Unternehmer, auch nicht an der „revolutionären Abwehrfront“ der RWD. Dank der Geschlossenheit der Arbeiterschaft, dank ihres solidarisches Zusammenstehens zur Organisation gelang es, die Angriffe der Unternehmer mit teilweise recht gutem Erfolge zu parieren. Ein Erfolg ist es ja sicher, wenn ein 10- oder gar ein 12prozentiger Lohnabbau in einen 5-6prozentigen umgewandelt werden kann. Aber wir dürfen die Gefahr nicht unterschätzen, die darin liegt, daß die Unternehmer ihre Abbauforderungen immer höher spannen, um zu ihrem Ziele zu gelangen, nämlich einen Lohnabbau durchzusetzen, der ihnen „nicht nur ein paar Mark wöchentlich“ bringt. Was einem Fabrikarbeiter ein um „ein paar Mark wöchentlich“ verringertes Einkommen für Entbehrungen auferlegt, kann ja kein Unternehmer beurteilen.

Jetzt sind die Unternehmer der chemischen Industrie an der Reihe. Auch sie sind mit ihren Abbauwünschen durchaus nicht schüchtern. Sie verlangen eine Lohnsenkung um 12 Prozent, wollen sich aber mit 8 Prozent begnügen, je nachdem die Verhandlungen laufen. Man muß auch hier den „guten“ Willen für die Tat nehmen. Ginge es nach dem Willen der Konzern- und Trustgewaltigen, dann würden sie nicht nur 12 Prozent Lohnabbau durchführen. Wohin die Reise geht, zeigen die neuen Forderungen eines Riesentrustes in der Schwerindustrie, der Vereinigten Stahlwerke Ruhrort-Neiderich, der den Lohn um nicht weniger als volle 20 Prozent kürzen will. Es wird nicht allzulange dauern, bis sich Nachahmer finden, die 25 bis 30 Prozent Abbau verlangen werden.

Wann wird diesen fortgesetzten und fortwährend sich steigenden Lohnabbauwünschen der Unternehmer eine Grenze gesetzt werden? Die Arbeiterschaft, die nicht auf eine Besserung der Wirtschaftslage warten kann, die heute von ihren gekürzten Löhnen und ihrer Arbeitslosenunterstützung leben muß, kann nur eines tun: Sie darf sich nicht mit dem Erfolg einer teilweisen Abwehr zufrieden geben. Die Güter nach dem Profit kennt keine Grenze nach oben. Der einzige Damm, der den Sturzwellen des Wirtschaftslebens und den Lohnsenkungsangriffen der Unternehmer ein Halt gebieten kann, sind die Gewerkschaften. Es geht nicht allein um den einzelnen Arbeitnehmer, es geht um die gesamte Arbeiterschaft und es geht um den Bestand der Gewerkschaften, denn die Lohnabbauoffensive der Unternehmer ist auch ein Kampf gegen die verhassten Gewerkschaften! Wer diese schwächt und ihre Einheit anfacht, leistet den Unternehmern Hilfsdienste. Welcher klassenbewußte Arbeiter will sich eines solchen Verbrechens schuldig machen?

Gauleiter Weber Jubilar.

Nun ist auch Adolf Weber in die Reihe der Kollegen getreten, die schon fünfundsiebzig Jahre und noch länger als besoldete Angestellte dem Verbands ihre ganze Kraft widmeten und noch widmen und zum Aufbau und Ausbau unserer Organisation so unendlich viel beigetragen haben. Fünfundsiebzig Jahre lang Gewerkschaftsfunktionär zu sein, heißt

fünfundsiebzig Jahre als Kämpfer in vorderster Linie gestanden zu haben. Bei den meisten unserer Jubilare sind es aber nicht nur fünfundsiebzig Jahre Kampf, die allermeisten hatten sich schon vor ihrer Anstellung im Verbands oder überhaupt in der Arbeiterbewegung in täglichem, praktischem Klassenkampfe die Sporen verdient. So auch Adolf Weber. Und wie bei den meisten unserer Führer war auch seine Jugend hart und freudlos.

Webers Kindheit war an Freuden und frohen Erinnerungen arm, wie es gewöhnlich bei den Kindern unserer armen Landbevölkerung, den Tagelöhnern und Dienstleuten ist, besonders aber dann, wenn die Familie soviel Glieder zählt, wie es hier der Fall war. Not und Elend, Kummer und Entbehrung waren ständige Gäste im Hause der Eltern Adolf



Webers. Nach der Beendigung der Schuljahre wurde Weber zu Bauern in den Dienst gegeben und mußte für einen Jahreslohn von 6 und später 13 Mark seine jungen Kräfte ausbeuten lassen. Später erlernte er die Mülerei und lernte als Müllergeselle auf der „Walze“ das Leben und sicher auch die Menschen kennen. Dieses Wanderleben verschlug ihn auch in die Fabrikarbeit, und Weber arbeitete in Kalkwerken und in Seifenfabriken, zuletzt in München.

In München fand er dann bald Gelegenheit, die harten Erfahrungen der Jugend und des Lebens auf der „Walze“ im Dienste der Arbeiterbewegung zu verwerten. Zuerst führten ihn diese Erfahrungen und die daraus gewonnenen Erkenntnisse zur Sozialdemokratischen Partei. Er gehörte ihr mit Leib und Seele an, und es dauerte nicht lange, da betätigte er sich auch recht aktiv in der politischen Bewegung, und zwar als Schriftführer, als Kassierer und schließlich als Vorsitzender der SPD. Obing. Mitglied des Fabrikarbeiterverbandes wurde Weber im Jahre 1904. Auch im Verbandsleben war Weber ebenso rührig wie im politischen Leben. Die Kollegen der Münchener Zählstelle machten sich seine Kraft und seine Fähigkeiten sehr schnell zunutze und stellten Adolf Weber am 1. Februar 1906 als Hilfsarbeiter in der Zählstellenverwaltung an. Nun konnte er seine Fähigkeiten voll entfalten und seine Energien voll auswirken lassen. Aus dem Hilfsarbeiter wurde ein Sekretär und später der Kassierer der Zählstelle. Wenn die Zählstelle München eine so gesunde organisatorische Grundlage hat und sich so überaus günstig entwickelte, so ist das nicht zum wenigsten ein Verdienst Webers mit. Als nach Beendigung des Weltkrieges die erledigte Stelle des Gauleiters in München neu besetzt werden sollte, berief der Hauptvorstand auf Vorschlag der Zählstelle München den Kollegen Weber auf diesen Posten, auf dem er mit der gleichen Energie weiterarbeitete.

Die Erfolge der Tätigkeit Webers blieben dann auch nicht aus. Die Mitgliederzahl in den Zählstellen wuchs, die Organisation breitete sich aus, neue Zählstellen und neue Bezirkszählstellen mußten gegründet werden. Wenn auch von der Idee, für deren Verwirklichung wir streben, eine ungeheure Werkkraft ausgeht, so hängt doch von den einzelnen Persönlichkeiten, die in ihrem Dienst stehen, sehr viel ab. Wir wissen aber, daß Adolf Weber an seinem Jubiläumstage auf seine Erfolge mit Stolz und Zufriedenheit zurückblicken konnte, wenngleich er selbst auch sagt: „Wir wollen weiter vorwärts. Das „Nichtzufriedensein“ gibt den mit Kampfesfreude ausgerüsteten Kollegen den Antrieb zur Mitwirkung am Vollenenden des von den Pionieren begonnenen Werkes zur Erreichung des von ihnen gesteckten Zieles.“

Wir wünschen dem Kollegen Adolf Weber, der heute im 56. Lebensjahre steht, daß er noch viele Jahre am Vollenenden dieses großen Werkes Mitarbeiter und Führer sein möge! Und zu dem bisher Erreichten und zu seinem Jubiläum unseren herzlichsten Glückwunsch!

Die Arbeitszeitverkürzung - eine Lebensfrage für die Gewerkschaften.

Fast fünf Millionen Arbeitslose allein in Deutschland, rund zwanzig Millionen, die entweder unmittelbar oder mittelbar von der ungeheuren Not mit erfaßt werden, die die Wirtschaftskrise über Deutschland gebracht hat. Das sind Zahlen, die auch den Gleichgültigsten aufrütteln müßten, die alle irgendwie verantwortlichen Kräfte und alle Stellen, die

nur irgendwie an einer Besserung dieser furchterlichen Zustände interessiert sind, wachrufen und anspannen müßten, um in gemeinsamer Arbeit einen Ausweg aus der drohenden Katastrophe zu finden. Das mahnende und warnende Memento, das diese fünf Millionen Arbeitslose darstellen, wird aber leider viel zu wenig beachtet.

Gewiß, der Hauptfehler, das Hauptübel liegt im System. Solange dieses selbst nicht gründlich geändert wird, aber wirklich „gründlich“, ist auf eine dauernde Besserung nicht zu hoffen. Was nützt es schon viel, wenn eine vorübergehende gute Konjunktur die Arbeitslosenzahlen um einige Hunderttausende, um eine Million sinken läßt! Inzwischen schreitet die Nationalisierung weiter vor und macht wieder neue Arbeitskräfte entbehrlich. Es ist schon richtig, eine vollkommene Wendung zum Besseren kann nur der Sozialismus herbeiführen, kann nur die sozialistische Wirtschaftsordnung bringen, in der nicht um des Profites einzelner willen produziert wird, sondern in der die auf alle Gebiete und alle Zweige menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft es ermöglichen wird, die Produktion dem Bedarf anzupassen und mit den gleichen Mitteln eine gerechte, gleiche und dauernde Versorgung aller Gesellschaftsglieder durchzuführen.

Aber dieses Ziel liegt noch weit vor uns. Es ist nicht möglich, unsere sozialistische Wirtschaftsordnung von heute auf morgen durchzuführen. Das heißt aber nicht, daß wir nun rat- und tatenlos zusehen sollen, wie die deutsche Arbeiterschaft immer tiefer in die Erwerbslosigkeit und damit ins Elend gerät. Die Not ist riesengroß. Sollte das deutsche Volk nicht den Abgrund erkennen, vor dem es steht? Die Reichsregierung, die doch eigentlich Führerin des deutschen Volkes sein sollte, scheint ihn nicht zu sehen, scheint nicht das furchtbare Unheil zu ahnen, das unweigerlich über Deutschland hereinbrechen muß, wenn nicht bald eine entschlossene Abkehr von der bisherigen Tatenlosigkeit und ein entschiedener Bruch mit vielen veralteten Wirtschaftsmethoden gewagt wird.

Daß die unnötig lange Arbeitszeit zu den verderblichen und veralteten Methoden gehört, die an unserem heutigen wirtschaftlichen Elend schuld sind, kann nur von solchen Leuten bestritten werden, die auch heute noch trotz des eindringlichen Anschauungsunterrichtes auf ihrem alten engherzigen und engstirnigen Interessenstandpunkt stehen bleiben. Angeahnte Fortschritte auf allen Gebieten der Technik und der Arbeitsmethoden haben die Produktion um ein Vielfaches gesteigert, so daß die Kaufkraft nicht im entferntesten folgen konnte. Gesteigerte Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters, ungeheurer vermehrte Erzeugung von Gütern bei sinkender Arbeiterzahl, wäre es da nicht das einfachste, das richtigste, das selbstverständlichste, die Arbeitszeit so weit herabzusetzen, daß für alle durch Nationalisierung und Technisierung freigewordenen Arbeitskräfte wieder ein Platz in den Betrieben frei wird?

Von den Gewerkschaften wurde schon vor Monaten eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Die Vierzigstundenswoche sollte als Ausnahme für die Krisenzeit eingeführt werden. Der Vorschlag wurde nicht einmal ernsthaft diskutiert, trotz der vielen guten Erfahrungen, die in manchen Industrien schon mit der Fünfzigstundenswoche gemacht worden waren. Aber die Unternehmer in ihrer übergroßen Mehrzahl lehnten eine solche allgemeine Arbeitszeitverkürzung auch als Notmaßnahme kategorisch ab. Nicht zuletzt haben sie sich auch wohl bei ihrer ablehnenden Haltung von dem Gedanken leiten lassen, daß die Vierzigstundenwoche, einmal eingeführt, nicht so leicht wieder abgeschafft werden würde, weil sich zweifellos gezeigt hätte, daß vierzig Stunden wöchentlich Arbeitszeit vollauf genügen, um die für den Bedarf des deutschen Volkes wie für die Wirtschaftserfordernisse notwendigen Gütermengen herzustellen. War dieses Experiment einmal gemacht, dann konnten sich die Unternehmer nicht mehr darauf berufen, daß schon der Achtstundentag sehr verderbliche Wirkungen für die deutsche Wirtschaft gezeitigt habe, ganz abgesehen davon, daß die für die Unternehmer höchst notwendige industrielle Reservearmee dann nicht mehr in dem erforderlichen Maße vorhanden war, um nach dem Willen der Unternehmer lohn-drückend zu wirken.

Der Unternehmerstandpunkt war also begreiflich. Aber daß die Reichsregierung, die in den Fragen der Lohnsenkungen so unersichtlich aktiv und energig gegen die Arbeiterschaft mitgewirkt hat, so vollkommen versagte, als es galt, nun den anderen Teil des Programms wahrzumachen, das ist höchst bedenklich. Das Versagen in der Preisabbau-Angelegenheit war sehr schmerzhaft für die vom Lohnausfall betroffenen wie für alle anderen Arbeiter. Doch die Untätigkeit der Regierung in der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit ist mehr als bedenklich, sie ist gefährlich, nicht für die Arbeiterschaft, sondern auch für die Regierung selbst, für das ganze Reich. Scheut sich die Reichsregierung, hier ebenso energig zu werden wie beim Lohnabbau? Noch nie hat eine herrschende oder eine besitzende Klasse freiwillig auf Rechte und Privilegien verzichtet, noch nie freiwillig den bisher unterdrückten Massen ein Zugeständnis gemacht. Der Lohnabbau war eine Machfrage — und die Arbeitszeit-

verkürzung ist es nicht minder. Die Arbeiterschaft muß von der Regierung fordern, daß sie die Staatsgewalt zugunsten der Arbeitszeitverkürzung in die Waagschale wirft.

Und die Gewerkschaften müssen diese Forderung mit erheblichen Mitteln unterstützen und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchsetzen. Die Arbeitszeitverkürzung ist eine Machfrage, aber für die Gewerkschaften ist sie auch eine Lebensfrage. Nichtet sich nicht der ganze unablässige und hartnäckige Kampf der Unternehmer nur gegen die organisierte Arbeiterschaft, gegen die Gewerkschaften? Sind nicht Lohnabbau und Arbeitslosigkeit gefährliche Waffen der Unternehmer in diesem Kampfe gegen die Gewerkschaften? Werden nicht in fast allen Industrien die Rationalisierung und die daraus folgenden Arbeiterentlassungen bemüht unter dem Gesichtspunkte und mit der Absicht durchgeführt, die Gewerkschaften zu schwächen? Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften soll verringert, die Kassen sollen geleert, der Geist der Mitglieder soll herabgezogen, die Solidarität und das Vertrauen der Organisierten zu ihren Führern soll untergraben werden. Wirklich, die Unternehmer verstehen es, aus allen Blüten Honig zu saugen. Auch die furchtbare Not, die gegenwärtig auf dem größten Teil des deutschen Volkes lastet, machen sie sich dienstbar, um ihre wankende Macht zu befestigen und ihre Herrschaft zu erneuern. Und sie finden in diesem Bestreben leider noch vielzuviel Helfershelfer aus den Reihen der Arbeiterschaft, die blind gegen ihre Klassengenossen wüten und helfen wollen, die Gewerkschaften zu zerkümmern.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist eine Lebensfrage der Gewerkschaften. Ende Dezember waren 31,8 Prozent aller Mitglieder der freien Gewerkschaften arbeitslos, und 16,3 Prozent aller Mitglieder arbeiteten verkürzt. In einzelnen Verbänden war der Prozentsatz noch viel höher, bis zu 47,7 Prozent in den Verbänden der sog. Konjunkturgruppe, in den Verbänden der sog. Saisongruppe betrug die prozentuale Arbeitslosigkeit 60-70 Prozent. Das sind erschreckende Zahlen, die mit eindringlichem Ernst zeigen, wieviel für die Gewerkschaften auf dem Spiele steht, wenn es nicht bald gelingt, der Arbeitslosigkeit Einhalt zu tun und in der Frage der Arbeitszeitverkürzung etwas zu erreichen. Daher müssen die Gewerkschaften immer lauter und dringender die Forderung erheben: Her mit der Bierzigstundenwoche, damit unsere arbeitslosen Mitglieder endlich wieder arbeiten können, damit die Schreckenszahl von fünf Millionen Arbeitslosen endlich eine erhebliche Senkung erfährt, damit die Wirtschaft endlich wieder aus der Stockung und aus dem tödlichen Stillstand herauskommt, in die kapitalistische Planlosigkeit und Gewinnjucht sie gebracht haben!

Gefährdung des Tariffsystems.

Mit der Entwicklung des Tariffwesens erhöht sich die Bedeutung der Frage nach der Spanne zwischen den tariflichen und den tatsächlichen Löhnen. Bei der Vorherrschaft der tariflichen Regelung bedeutet eine allzu große Spanne zwischen den tariflichen Arbeitsverdiensten und den Tarifföhnen, daß der Lohn der betreffenden Arbeitnehmergruppe tariflich nicht gebunden und folglich auch nicht geschützt ist, daß hier in bezug auf die Löhne tatsächlich ein tarifloser Zustand herrscht, gleichgültig, ob dies auf besonders hohe Akkordverdienste oder auf ungewöhnlich tiefe Tariflohnsätze zurückzuführen ist.

In seinem Aufsatz „Das Tariffwesen und der Kampf um den Lohn“, der in der „Arbeit“ 1931, Heft 1, erschienen ist, prüft Wladimir Woytinski die Bedeutung dieser Spanne. Nachdem er die Bewegung der Tarifföhne und der tatsächlichen Arbeitsverdienste in den letzten sechs Jahren untersucht hat, kommt er zu folgenden für die augenblickliche Situation bedeutsamen Ergebnissen:

1. Unter der Vorherrschaft des Tariffsystems zerlegt sich der Lohn in zwei Bestandteile mit verschiedener volkswirtschaftlicher Bedeutung: Der Tariflohn stellt den verhältnismäßig unbeweglichen Teil des Lohnes dar, der möglichst einheitlich für den ganzen Beruf und für längere Frist festgesetzt wird; der übertarifliche Verdienst ist der bewegliche Teil des Lohnes, der sich von Betrieb zu Betrieb und von Monat zu Monat verändern kann.

2. Der Tariflohn wies in den letzten Jahren eine strukturelle Aufstiegsbewegung auf, die im großen ganzen dem Fortschritt der Wirtschaft entsprach und deren Schnelligkeit jederzeit durch die Wirtschaftslage (Konjunktur) bedingt war. Die übertariflichen Verdienste schwankten dagegen mit jedem Auf- und Abstieg der Konjunktur.

Diese doppelte Bewegung entspricht der wirtschafts- und sozialpolitischen Funktion des kollektiven Arbeitsabkommens, das die Vereinheitlichung und Stabilisierung der Lohnbedingungen im Lande ohne Gefährdung ihrer Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit anstrebt.

Aber wenn dies der Sinn des Systems von Tarifverträgen ist, dann muß man sich hüten, dieses System wider sinnig zu machen!

Wider sinnig wird es, wenn die tariflichen Lohnsätze so tief unter dem Stand der tatsächlichen Verdienste gehalten werden, daß sie diese nicht mehr beeinflussen, d. h. zu vereinheitlichen und zu stabilisieren vermögen. Wo der übertarifliche Verdienst 50, 70 oder sogar 100 v. H. des Tariflohnes beträgt, herrscht tatsächlich ein tarifloser Zustand, für den nicht allein die Vertragsparteien, sondern nicht zuletzt die Schlichtungsinstanzen die Verantwortung tragen, deren Pflicht es ist, zur gegebenen Zeit den Vertragsparteien klarzumachen, daß die Tarifverträge, die sie abschließen, keinen Sinn haben, und darauf zu dringen, daß die stativen Tariffsätze aus der Welt geschafft werden.

Dies fällt aber nicht schwer ins Gewicht im Vergleich mit dem anderen Widerstand, der sich gegenwärtig vor unseren Augen abspielt, mit dem Versuch der Regierung und des Reichsarbeitsministers, die Tarifföhne in einen Spielball der Konjunkturschwankungen zu verwandeln.

Gegen das Abgleiten des Arbeitsverdienstes bei der Depression gibt es leider kein Mittel. Der Sinn des Tariffsystems ist aber, daß es im voraus diese Bewegung in einen Rahmen zwingt: Die übertariflichen

der Konjunktur gestiegenen Verdienste können herabgedrückt werden, an den Tarifföhnen darf dagegen nicht gerüttelt werden! Auf diese Weise wird ein wichtiges Element der Stabilität der wirtschaftlichen Bedingungen geschaffen.

Ein Reichsarbeitsminister, der sich nach der Senkung der übertariflichen Verdienste an die Spitze des allgemeinen Angriffs des Unternehmertums gegen die Tarifföhne stellt, verkennet den Sinn der tarifvertraglichen Regelung der Löhne ebenso wie die Folgen seiner Politik. Gleichzeitig mit der Untergrabung des Vertrauens der Arbeiterschaft zum Tarif- und Schlichtungsweisen führt diese Politik zur Verschärfung der auf der gesamten Volkswirtschaft lastenden Waise-Pschose: Die allmähliche Abbröckelung der Tarifföhne läßt die Bevölkerung eine Preislenkung erwarten (die in Wirklichkeit kaum kommen wird) und unterstützt jenen Generalstreik der Käufer, der zwangsläufig zur weiteren Einschränkung der Produktion und zur Steigerung der Arbeitslosigkeit führt. Dies alles inmitten einer schweren Vertrauenskrise, wo alles auf die Aufrechterhaltung und Stärkung der Stabilität der Wirtschaft eingestellt werden muß!

Wähle nur

gute Gewerkschafter in Deiner Betriebsvertretung, denn nur gute Gewerkschafter sind auch gute Betriebsräte. Wer gewerkschaftsfeindlich eingestellt ist, ist für das wichtige Amt des Betriebsrates ungeeignet. Feinde der freien Gewerkschaften sind sowohl die Nationalsozialisten als auch die RSD.-Lenke. Wer aber die freien Gewerkschaften bekämpft, ist auch ein Feind der Arbeiterschaft, weil nur die freien Gewerkschaften wirklich die Forderungen der Arbeiterschaft auf vollkommene Gleichberechtigung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vertreten und durchsetzen wollen. Du kannst also unmöglich

Die Liste

der Nazis oder der RSD. wählen, ebensowenig wie Du als freier Arbeiter die Liste des christlichen Verbandes wählen kannst. Wer sich an gewerkschaftsfeindlichen Listen beteiligt oder sie wählt, darf sich nicht wundern, wenn ihm dann ein Recht nach dem andern geraubt wird, wenn die Lohn- und Arbeitsbedingungen fortgesetzt verschlechtert werden. Willst Du eine Betriebsvertretung haben, die immer und überall Deine Interessen wahrhaft vertritt, dann wähle Kollegen und Kolleginnen, die überzeugte und tätige Mitglieder der freien Gewerkschaften sind. Ihre Namen stehen auf der Vorschlagsliste

Deines Verbandes!

Vorschläge zur Reform der Indexzahl für die Lebenshaltungskosten.

Der amtliche Index der Lebenshaltungskosten ist eine wichtige Richtzahl, die die Veränderungen der Kosten der Lebenshaltung im Vergleich mit der Vorkriegszeit (1913/14) anzuzeigen hat. Der Index hat diese Aufgabe in der zurückliegenden Zeit nie ganz erfüllen können, und zwar deshalb nicht, weil sich seine Berechnungsgrundlage auf die heute nicht mehr zeitgemäßen Ergebnisse des Haushaltsverbrauchs vom Jahre 1907 stützt und die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten, die bis zu Beginn des Krieges eingetreten waren und namentlich seit einem Jahrzehnt zu verzeichnen sind, unberücksichtigt läßt. Aber nicht nur dieser Umstand allein stellt, wie wir sehen, die Brauchbarkeit des Lebenshaltungsindex in Frage. Aus diesen Gründen hat er sehr oft im Mittelpunkt der öffentlichen Kritik gestanden. Besonders die Gewerkschaften, die an einer Indexzahl, die die Kosten der Lebenshaltung wirklichkeitsgetreu wiedergibt, lebhaft interessiert sind, haben in der Vergangenheit verschiedentlich eine Reform der Indexberechnung verlangt. Das Statistische Reichsamt hat nunmehr die Absicht, eine neue Berechnungsgrundlage für den Index der Lebenshaltungskosten zu schaffen. Die Indexkommission soll bereits Mitte Februar zusammenzutreten, um zu den Vorschlägen des Statistischen Reichsamts Stellung zu nehmen. Es ist deshalb zweckmäßig, die Methoden der Indexberechnung darzustellen, sie kritisch zu würdigen und Vorschläge für den Ausbau und die Umgestaltung der Berechnungsgrundlage zu machen.

Der Index der Lebenshaltungskosten wird auf Grund von Erhebungen in 72 Gemeinden berechnet. Die Gemeinden sind Städte der verschiedensten Größenklassen, zum Teil mit vorwiegend industriellen und zum Teil mit landwirtschaftlichem Charakter. Außerdem finden zu Kontrollzwecken monatliche Preisfeststellungen in 220 anderen Gemeinden statt. Die Erhebung erstreckt sich auf den vierwöchentlichen Bedarf einer minderbemittelten Familie, bestehend aus zwei Erwachsenen und drei Kindern im Alter von 14, 7 und 1½ Jahren. Der „normale“ Bedarf einer solchen Familie wird nach Lebensmittelmengen und Kosten festgesetzt, und in dieses konstruierte Schema werden dann an jedem Erhebungsstermin die Preise für die einzelnen Bedarfsmengen eingesetzt. Die Summe der Preise, die identisch ist mit den durchschnittlichen Kosten der Lebenshaltung der „Indexfamilie“, wird dann mit dem für die Vorkriegszeit festgestellten Ausgabenbetrag in Beziehung gesetzt.

Au sich ist diese Methode durchaus geeignet, einwandfreie Verhältniszahlen zu gewinnen, vorausgesetzt, daß das Verbrauchsschema den wirklichen Haushaltsbedarf umfaßt und prozentuale Anteile der einzelnen Bedarfsgruppen am Gesamtbedarf angenommen werden, die der tatsächlichen Größenordnung der Haushaltsausgaben entsprechen. Beides trifft jedoch für die Berechnungsgrundlage der Reichsindexzahl für die Lebenshaltungskosten nicht zu.

Nach der letzten amtlichen Erhebung von Wirtschaftszählungen von 1927/28 verbraucht die Arbeiterhaushaltung in 4 Wochen nicht 45 Kilogramm Brot und Backwaren, sondern nur 29 Kilogramm, nicht 8,5 Kilogramm Fleisch und Fleischwaren, sondern 11,3 Kilogramm, nicht 28 Eier, sondern 38, nicht 15 Kilogramm Gemüse, sondern nur 10 Kilogramm, nicht 11 Kilogramm Nahrungsmittel, sondern nur 6 Kilogramm, und nicht 50 Kilogramm Kartoffeln, sondern nur 30 Kilogramm. Die Unterschiede sind also zum Teil recht erheblich. Obst und Süßfrüchte, die in den letzten Jahren auch für die Arbeitnehmerhaushaltungen zu wichtigen Nahrungsmitteln geworden sind, fehlen in der Aufstellung des Ernährungsbedarfs vollständig.

Bei den Ausgaben für Wohnungsmiete einschließlich der vom Mieter regelmäßig zu zahlenden Nebengebühren werden die Kosten einer Zweizimmer-Wohnung mit Küche zugrunde gelegt. Daß viele Arbeitnehmer mit ihrer Familie gezwungen sind, in erheblich teureren Neubaugewohnungen zu wohnen oder Mietwohnungen zu hohen Sätzen abzumieten, wird jedoch nicht berücksichtigt. Auch für die Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung sind keine Ausgaben vorgesehen. Die Arbeiterhaushaltung benötigt aber für diese Zwecke im Durchschnitt 3,6 v. H. der Gesamtausgaben. Der amerikanische Lebenshaltungsindex steht über 5 v. H. der Haushaltsausgaben für Möbel und Einrichtungsgegenstände vor.

Als Jahresverbrauch einer fünfköpfigen Familie werden 15 verschiedene Bekleidungsgegenstände angenommen: je 1 Herren- und Knabenanzug, 1 Mädchenkleid, 1 Frauenrock, 2 Blusen, je 6 Männer- und Frauenhemden, 16 Meter Hemdentuch, 6 Paar Männersocken, 6 Paar Frauenstrümpfe, je 1 Paar Männer- und Frauenstiefel, 2 Paar Kinderstiefel, achtmaliges Besohlen mit Abfäßen von Männerstiefeln.

Wenn diese Bekleidungsgegenstände auch nur den Rahmen ziehen sollen, innerhalb welchem sich der Bekleidungsbedarf einer Familie bewegt, so muß aber festgestellt werden, daß dieser Rahmen viel zu eng und ganz und gar nicht mehr zeitgemäß ist. Welche Frau braucht einen Frauenrock, was ist ein Frauenstiefel, wer verarbeitet noch Hemdentuch? Der heutigen Generation sind solche Begriffe fremd.

Vollständig unzureichend ist auch das, was unserer Familie als sonstiger Bedarf in vier Wochen zugestanden wird, nämlich 1 Stück Toilettenseife, 1½ Kilogramm Waschseife, 2 Kilogramm Soda, 2 Schachteln Stiefelmehls, 1 Scheuertuch, 1 Handtuch, zweimal Haarschneiden, achtmal Rasieren, 1 Tageszeitung, 4 Reklamhefte, 6 Bleistifte und 4 Plätze in einem einfachen Lichtspieltheater. Hier fehlt fast alles, was eine Arbeitnehmerfamilie neben den Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung und Bekleidung noch für Gesundheits- und Körperpflege, für Sport, Radio, Theater- und Konzertbesuch, Ausflüge und Vergnügungen ausgeben muß.

Werden die prozentualen Anteile der einzelnen Ausgaben Gruppen an den Gesamtausgaben (ohne Steuern und Versicherungen), die der Indexberechnung zugrunde liegen, den diesbezüglichen Ergebnissen der Erhebung von Wirtschaftszählungen von 1927/28 gegenübergestellt, ergibt sich folgendes Bild:

	Die Indexgrundlage	Ergebnis der Statistik von 1927/28 über die Haushaltszählungen
Ernährung	54,8	50,5
Wohnung	20,4	11,2
Heizung und Beleuchtung	5,5	4,0
Bekleidung	10,0	14,2
Sonstiger Bedarf	9,3	20,1
Gesamtausgaben	100,0	100,0

Die Größenordnung der Indexgrundlage entspricht also keineswegs mehr den wirklichen Verbrauchsverhältnissen: Die Anteile der Ausgaben für Ernährung, Wohnung und Heizung sowie Beleuchtung sind zum Teil viel größer, und die Anteile der Bekleidungs- und der Ausgaben für den sonstigen Bedarf sind erheblich kleiner als die entsprechenden Anteile, die sich bei der letzten Statistik des Haushaltsverbrauchs ergeben haben. Es werden also beim Lebenshaltungsindex in seiner gegenwärtigen Konstruktionsform gerade die Bedürfnisse, deren Kosten unterdurchschnittlich gestiegen sind, stärker zur Geltung gebracht, und die Positionen Bekleidung und sonstiger Bedarf, deren Kosten im Vergleich mit der Vorkriegszeit weitaus stärker gestiegen sind, vernachlässigt.

Zum Schluß ist zur Berechnungsgrundlage der Indexzahl noch zu sagen, daß die fünfköpfige „Normal“-Familie dem durchschnittlichen Größenverhältnis der Familien in Deutschland nicht mehr entspricht. Die letzte Volkszählung im Jahre 1925 hat für die Arbeiterfamilien eine durchschnittliche Größe von 3,9 Köpfen ermittelt.

Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten muß alles versucht werden, die Berechnungsgrundlage der Reichsindexzahl so auszubauen, daß der Index in Zukunft zu einem wahrheitsgetreuen Spiegelbild der Lebenshaltungskosten wird. Um dieses Ziel erreichen zu können, ist es vor allem notwendig, daß sich die neue Berechnungsgrundlage an die letzte amtliche Erhebung von Wirtschaftszählungen von 1927/28 anlehnt. Es müssen also bei den Ernährungsausgaben vor allem die Veränderungen der Verbrauchsgewohnheiten berücksichtigt werden.

Bei den Ausgaben für die Wohnung ist auf den Umstand Rücksicht zu nehmen, daß heute ein großer Prozentsatz minderbemittelter Familien genötigt ist, Mieten zu zahlen, die zum Teil beträchtlich höher sind als die jetzt im Index zum Ausdruck kommenden Zwangsmieten. Außerdem müssen Kosten für die Einrichtung und Instandhaltung der Wohnung in das Indexschema eingestellt werden. Der Bekleidungsbedarf muß den größeren gewordenen Ansprüchen und der veränderten Bedarfsrichtung (Kunststoffe als Material für Unterzeug und Strümpfe, Frauenschuhe an Stelle von Stiefeln und dergleichen) angepasst werden. Vor allem müßte aber der sonstige Bedarf im Indexschema eine Berücksichtigung finden, die der Bedeutung der sonstigen Ausgaben (für die Arbeiterhaushaltung ein Fünftel aller Haushaltsausgaben!) entspricht. Schließlich wird sich auch eine Möglichkeit finden

lassen, und die Steuern und die sozialen Abgaben und auch die Verbandsbeiträge, die zusammen für die Arbeiterhaushaltung mehr als ein Viertel der Gesamtausgaben beanspruchen, in einer geeigneten Form in die Indexberechnung einzubeziehen. Die deutschen Gewerkschaften sehen den bevorstehenden Kommissionsberatungen mit Interesse entgegen und erwarten, daß endlich einmal etwas Gutes zustandekommt.

Jugendbewegung.

Jugendgruppe Floss (Bayern).

Trotzdem die hiesige Gruppe der Gewerkschaftsjugend erst wenige Monate besteht, will ich doch die Tätigkeit in unserer Gruppe schildern.

Am 21. Juni 1930 versammelte sich eine kleine Zahl jugendlicher Kolleginnen und Kollegen zur Gründungsverammlung der Jugendgruppe unserer Zahlstelle. Von frischem Mut und froher Jüubelhaftigkeit für unsere gemeinsame Arbeit waren alle erfüllt, und wir waren stolz darauf, daß wir unserem Verbandsverband in diesem Zuge schon 25 neue junge Mitglieder zuführen konnten. Für uns begann nun, nachdem wir alle in gemeinschaftlichem Zusammenleben in einer eigenen Gruppe vereint waren, ein ganz neues Leben. An den Abenden tummelten wir uns, bis die völlige Dunkelheit hereinbrach, auf den freien Wiesen und erholten uns so in frischer Luft von den Mühen des Tages. An den Samstagabenden waren wir regelmäßig zu Gesangs- oder Unterhaltungsstunden versammelt; alle vier Wochen war Monatsversammlung, zu der uns immer unser Kollege Wagner (Weiden) besuchte.

Und dann kam am 2. und 3. August unser erstes großes Erlebnis, das einen gewaltigen Eindruck in uns hinterließ. Wir hatten vom Parteisekretariat Weiden eine Einladung bekommen zum bevorstehenden sozialistischen Grenztreffen in Lachau und führten am 2. August, nachmittags 4 Uhr, mit dem Lastauto dem herrlichen böhmischen Städtchen entgegen. Die Fahrt war ja nicht ganz angenehm, da wir (28 Personen) ganz eng zusammengedrückt im Wagen saßen. Aber die kleinen Beschwerden waren ganz vergessen, als wir am Abend unser Ziel erreicht hatten. Einige Wochen vorher hatten wir schon Volksreigenen eingeübt und erzielten mit diesen und den Duetten und Gesangseinlagen im Festkommers einen starken Erfolg, den wir wirklich nicht zu erhoffen gewagt hatten. Und als wir abendtags trotz strömenden Regens gemeinsam mit den tschechischen Genossen durch die Straßen des Städtchens im Schmerwald marschierten, als wir unsere Freiheitslieder sangen, da bemächtigte sich unserer Herzen ein tiefes Gefühl der kameradschaftlichen Zusammengehörigkeit. Wir nahmen die Eindrücke, die das sozialistische Treffen jenseits der Grenze uns vermittelt, mit blühender in den Alltag, und mit inniger Freude und heller Begeisterung denken wir immer zurück an unseren ersten Ausflug, der für uns zu einem großen wichtigen Erlebnis geworden ist.

Dieser ersten Wochenendfahrt folgten noch viele fröhliche Wanderungen in der freien Natur. (Hafelfeld, Silberhütte, die ja landschaftlich so herrlich gelegen sind.) Die Wanderungen sind ohne Zweifel unsere schönsten Erlebnisse; denn wenn wir an den Sonntagen, an denen die Sonne auch für uns scheint, wenn wir auch eine ganze Woche kein Anrecht haben auf Licht und Freude, mit fröhlichem Singen und Scherzen durch Wälder und Wiesen wandern, dann fühlen wir uns so frei und ledig von allem Alltagskummer, und dann erkennen wir, daß wir doch nicht ganz verklamt sind, daß wir uns auch freuen dürfen an den Schönheiten der Natur.

Unsere letzte Wanderung war ein Ausflug nach Flossenbürg, den wir gemeinsam mit der Neustädter Jugendgruppe machten, und der an freudigen Erlebnissen hinter den anderen nicht zurückstand. Es war einer der letzten schönen Spätsommertage, an dem wir unter starker Marschmusik der Neustädter Schalmelkapelle mittags 1 Uhr nach unserem Wanderziele abmarschierten mit den roten Wimpeln und Fahnen, die lustig im Winde wehten! Nach Besichtigung der Burgmauern lagerten wir uns im ehemaligen Burghof, spielten Reigen, sangen und scherzten. Viel zu früh verließen uns die frohen Stunden.

Das war unsere letzte Wanderung im vergangenen Sommer. Dann haben wir mit dem ersten Teil unseres Wirkens begonnen. Koll. Wagner will uns in einem Lehrkursus auch geistig schulen und erziehen. Der Bildungskursus besteht in 10 Vorträgen. Die erste Hälfte ist beendet und behandelte das Thema: „Einführung in die Grundlagen der Volkswirtschaft“, in den nächsten fünf Vorträgen hören wir voraussichtlich über Karl Marx.

Gegenwärtig üben wir fleißig für einen Elternabend, den wir in ein paar Wochen veranstalten werden.

Wir sind nun schon 40 Mitglieder und hoffen, durch unermüdetes Verben, fleißiges, kreuzes Zusammenarbeiten unsere Gruppe noch weiter auszubauen. Unsere hohe, edelste Aufgabe aber wird es immer sein, fest und treu zu unserem Verbandsverband zu stehen, nicht locker zu lassen im Werben und Agitieren für den Verband und seine Jugendorganisation, um so einmal als tüchtiges, freies Arbeitervolk den Kampf weiterführen zu können, den Kampf um Freiheit und Brot, um Gleichheit und Menschenrecht, den Kampf, den unsere Väter vor 40 Jahren in ihrem und unserem Verbandsverbande begonnen haben.

Johanna Wirth.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

Weiterversicherung durch den überlebenden Ehegatten.

Eine begrüßenswerte Neuerung, die durch die Notverordnung in der Krankenversicherung eingeführt wurde, ist das Recht der überlebenden Ehegatten, die Krankenversicherung des verstorbenen Ehepartners fortzusetzen. Die betreffende Bestimmung der Notverordnung hat folgenden Wortlaut: „Stirbt ein Mitglied, so kann der überlebende Ehegatte, wenn er nicht selbst auf Grund eines Reichsgesetzes für den Fall der Krankheit versichert ist, die Mitgliedschaft unter denselben Voraussetzungen und in derselben Weise wie ein Mitglied fortsetzen.“ Wenn also der verstorbene Ehegatte in den vorangegangenen 12 Monaten auf Grund der Reichsversicherung mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vor seinem Tode mindestens sechs Wochen versichert war, so kann die Mitgliedschaft von dem überlebenden Ehegatten fortgesetzt werden. Voraussetzung ist allerdings, daß diese Absicht binnen drei Wochen bei der Kasse geäußert wird. Es kann auch Versetzung in eine niedrigere Beitragsstufe beantragt werden. Eine Verbesserung ist auch dadurch erreicht, daß nunmehr die Versicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse oder Landkrankenkasse des Wohnortes fortgesetzt werden kann. Diese Bestimmung sollte dringend beachtet werden.

Wirtschaftliches.

Fünftagewoche in der deutschen Zigarettenindustrie.

(GWS.) In der deutschen Zigarettenindustrie, die sich nicht etwa in einer guten Lage befindet, sondern infolge der Steuererhöhungen eine ernste Krise durchmacht, ist zwischen den beteiligten Verbänden der Unternehmer und Arbeiter für das ganze Reich eine Vereinbarung getroffen worden, die rund 23 000 Arbeiter umfaßt und die Einführung der Fünftage-

woche vom 1. März an festsetzt. Die wöchentliche Arbeitszeit wird damit von 48 auf 42 1/2 Stunden verkürzt. Die Löhne werden nicht im gleichen Verhältnis herabgesetzt, sondern es wird der Lohn für 45 Stunden gezahlt. Wenn auch der Individuallohn des Arbeiters dabei etwas sinken wird, so ist angesichts der Verminderung der Arbeitslosigkeit der Endeffekt trotzdem eine Steigerung der Gesamtkaufkraft der Arbeiterschaft dieser Industrie.

Im Augenblick, wo sich die Arbeitslosenzahl in Deutschland der fünften Million nähert, wird endlich auf breiter Basis ein gutes Beispiel gegeben. Hoffentlich bleibt es nicht das einzige und hoffentlich ist es nicht bereits zu spät!

Es muß abgewartet werden, ob andere Industrien, die wirtschaftlich viel günstiger dastehen als die Zigarettenindustrie, diesem lobenswerten Beispiel folgen, besonders die reiche chemische Industrie.

R.N.W. — D.N.A. — D.N.

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (R.N.W.) veranfaltete am 6. Februar 1931 in Berlin gemeinsam mit dem deutschen Normenausschuß (D.N.A.) und dem deutschen Institut für wirtschaftliche Arbeit in der öffentlichen Verwaltung (D.W.V.) eine Diskussionsstunde über die Einführung der Dinformate in die Praxis. (Din = deutsche Industrie-Normen.)

Nationalsozialisten

und Unternehmer sind eng miteinander verbunden. Die Unternehmer sind auf die Nationalsozialisten angewiesen, die die ergebensten Soldknechte der Kapitalisten sind. Sie brauchen die Nazis als Schutztruppe gegen die in den freien Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft und als Hüter und Verteidiger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Darum zahlen die Unternehmer den Nationalsozialisten hohe Unterstellungen. Darum ist Herr Hitler so häufig Gast in den Willen der Bankiers und der Industriegewaltigen. Die Hakenkreuzler

sind

nur zu gern bereit, im Solde der Unternehmer die freien Gewerkschaften zu zerschlagen, um die Arbeiterschaft gänzlich den Ausbeutungsgeistes der Geld- und Industriefürken auszuliefern zu können. Aber das wird ihnen nicht gelingen, obwohl sie Tag und Nacht gegen die Arbeiterschaft wüten. Ihre vielen Bluttaten zeigen auch den Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich bisher von ihren Agitationsphrasen einfangen ließen, was die Nationalsozialisten in Wirklichkeit sind, nämlich die brutalsten, rücksichtslosesten

Arbeiterfeinde.

Das Ergebnis dieser Aussprache ist zusammengefaßt in der folgenden

Entschliebung:

1. Die auf der Diskussionsstunde anwesenden Vertreter der Behörden und der Wirtschaft stellen sich einmütig auf den Boden der Tatsache, daß die Din-Formate ihre Brauchbarkeit in der Praxis bewiesen und bei den Behörden und in der Industrie Anwendung gefunden haben. Die Veranlassung liegt in der allgemeinen Durchführung der Formatnormung im gesamten Geschäftsverkehr eine wichtige wirtschaftliche Aufgabe.
2. Die Versammlung bittet die öffentlichen Verwaltungsorgane und die Organe der Wirtschaft, durch Gemeinschaftsarbeit und gemeinsame Werbung die allgemeine Durchführung der Din-Formate sowie die notwendige einseitige Einstellung zu dieser Aufgabe zu fördern und dadurch die Grundlage für den erhöhten Absatz und die Verbilligung der Din-Formate sowie für die weiteren technischen Arbeiten zu schaffen.
3. Es wird beschloffen, eine gemeinsame laufende Aufklärungs- und Werbeaktion der Behörden und Wirtschaftsverbände durchzuführen und einen Werbefeldzug für die Formatnormung etwa im Rahmen der Internationalen Büroausstellung in Berlin im Herbst dieses Jahres zu veranstalten.
4. Das R.N.W. wird beauftragt, die Berufung eines ehrenamtlichen Arbeitsausschusses sofort in die Wege zu leiten, der die Propaganda für die Formatnormung, die Durchführung der Werbemaße und die Finanzierung dieser Maßnahmen im Einvernehmen mit den zuständigen Organen der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft herbeiführen soll.

100 Milliarden Mark Produktionsausfall durch die Arbeitslosigkeit.

Die Weltarbeitslosigkeit beträgt zur Zeit 20 Millionen. Die meisten Menschen vermögen sich keine Vorstellung zu machen, welchen Schaden die Volkswirtschaft durch eine so hohe Arbeitslosigkeit erleidet. 20 Millionen arbeitsfähiger Menschen bedeuten eine Zahl, die etwa so groß ist wie die der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Diese riesige Produktionskraft ist aus dem Produktionsprozeß und der Warenversorgung der Welt ausgeschaltet. Prof. Julius Hirsch (Berlin) schätzt den Produktionswert eines arbeitenden Menschen auf jährlich 5000 Mk. Der englische Nationalökonom Keynes kommt zu einer Schätzung von 220 Pfund Sterling (4400 Mk.). Mithin hat die Brachlegung der Arbeitskraft von 20 Millionen Menschen einen Produktionsausfall von rund 100 Milliarden Mark jährlich zur Folge. Die Konjunkturforschung glaubt, daß durch den Ausfall von Produktionsgütern sich bald Lücken in der internationalen Bedarfsbefriedigung bemerkbar machen müssen. Daran wird ein Umschwung in der Konjunktur in nicht ferner Zeit hergeleitet. Hierbei wird aber vergessen, daß die Technisierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses den Arbeitsnachfrage auch von einer geringeren Zahl von Arbeitskräften geleistet werden kann. Des ferneren wird der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene Kaufkraftausfall nicht genügend gewürdigt. Wie dem aber auch sei, der Bestand von 20 Millionen Arbeitslosen zeigt erschreckend, in welcher Krise sich die kapitalistische Wirtschaft befindet.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Gustav Hamann †.

Der frühere Kassierer des Glasarbeiterverbandes, Kollege Gustav Hamann, ist am 9. Februar nach langer schwerer Krankheit gestorben. Am 2. Oktober 1867 geboren, erlernte er den schweren Beruf des Glaskleifers und hatte von seiner frühesten Jugend an alle Bedrückungen des Proletariats durchzumachen. Frühzeitig kam er nach Berlin und trat im Jahre 1894 dem Verband der Glasarbeiter bei. Als im Jahre 1897 der Sitz unseres Verbandes von Bergedorf nach Berlin verlegt wurde, wurde Kollege Hamann als Hauptkassierer gewählt. Mehr als acht Jahre hat er diese Stellung nebenamtlich in der vorbildlichsten Weise ausgeübt. Erst im Jahre 1905 wurde der Kassierer besoldet, so daß er kein Nebenberuf mehr ausüben brauchte. In Pflichttreue und mit ganzer Hingabe seiner Persönlichkeit ging er in seinen Beruf auf. Seine Arbeit war immer getragen von den Gedanken, den im Beruf stehenden Kollegen zu helfen.

Wald nach dem Kriege stellte sich ein rheumatisches Leiden ein, das ihn in seiner Tätigkeit arg behinderte. Die Glaskleiseren waren früher in sanfterer Beziehung sehr rücksichtlos. Die schlechte Beheizung der Arbeitsräume sorgte gleichfalls dafür, daß die stärkste Natur zugrunde gerichtet wurde. Das rheumatische Leiden wurde immer stärker. Auf Ausbuchtung seiner letzten Kräfte schleppte sich unser schwerer Kollege nach dem W., um seine Kassengeschäfte weiterzuführen, bis die Krankheit ihn zwang, in den Ruhestand zu treten.

Kollege Hamann hatte sich durch seine Pflichttreue und Ehrlichkeit das Vertrauen aller Kollegen erworben. In der Partei hat Kollege Hamann gleichfalls gewirkt, soweit seine Kräfte reichten. Auf kommunistischem Gebiet war er ebenfalls emsig tätig. Länger als ein Jahrzehnt bekleidete Kollege Hamann das Amt eines Bezirksvorsitzenden und hat in der objektivsten Weise seine Stellung ausgefüllt.

Nun hat der Tod unseren Kollegen Hamann abgerufen. Um ihn trauert nicht nur seine Familie, sondern unsere gesamte Kollegenschaft; alle, die ihn kannten, seine Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit schätzten, stehen mit der Familie trauernd an der Bahre und werden sein Andenken stets in Erinnerung behalten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. In unserer Jahresgeneralversammlung erstattete der Bevollmächtigte, Kollege Rüdiger, den Jahresbericht. Er schilderte zunächst Ursachen, Verlauf und Wirkungen der gegenwärtigen Krise und fordert, daß die Arbeitslosigkeit jetzt energig bekämpft werden müsse. Die Regierung muß jetzt mit ebenlo starker Hand die Preisabbau und die Verkürzung der Arbeitszeit betreiben wie die Lohnabbau. Näher ging dann näher auf die Lohnabbauoffensiven der Unternehmer ein und wies darauf hin, daß gerade in dieser Zeit in der Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiter am notwendigsten seien, die kommunistische Partei dazu übergeht, die Gewerkschaften durch Gründung sogenannter „revolutionärer“ Gewerkschaften zu spalten und dadurch die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft auf das empfindlichste schädigt. Folgende Entschliebung fand gegen drei Stimmen Annahme:

„Einigkeit, gewerkschaftlich und politisch organisatorischer Zusammenschluß aller Arbeiter sind die Vorbedingungen zur Überwindung des Kapitalismus. Leider ist diese Einigkeit von politischen Parteien, die sich, ganz fälschlicherweise, den stolzen Namen „Arbeiterpartei“ beigelegt haben, auf das empfindlichste gestört worden. Kommunisten und Nazis, scheinbar feindliche Brüder, sind sich völlig einig, die Arbeiter zu spalten und dadurch zu schwächen. Die Kommunisten entblenden sich nicht, in der Zeit, in der die freien Gewerkschaften notwendiger denn je sind, diese durch Gründung eigener, sogenannter „revolutionärer“ Gewerkschaften zu spalten. Den Vorteil aus diesen Handlungen hat einzig und allein der Kapitalismus, das Unternehmertum. Die Schäden hat die Arbeiterklasse. Die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter verurteilt auf das schärfste die oben gekennzeichnete Handlungsweise und verpflichtet ihre Mitglieder, diesen Neugründungsversuchen der KPD, entschloffenen Widerstand entgegenzusetzen. Die Generalversammlung begrüßt den Beschluß des Hauptvorstandes, wonach alle Mitglieder, die diese Neugründungen ideell oder materiell direkt oder indirekt unterstützen, ausgeschlossen werden.“

Zu den bevorstehenden Betriebsräteahlen wurde folgende Entschliebung einstimmig angenommen:

„Das Betriebsrätegesetz ist geschaffen worden, um die Arbeiterschaft durch die gesetzliche Betriebsräteerhebung in der Produktionsstätten einen möglichst weitgehenden Einfluß auf die allgemeinen Arbeitsbedingungen zu sichern. Darüber hinaus haben die Betriebsräte noch andere, außerordentlich wichtige Funktionen im Interesse der Arbeiter auszuführen (§ 78 B.G.). Arbeitnehmer in Betrieben arbeiten, in denen kein Betriebsrat besteht, sind völlig rechtlos und machtlos der Willkür des Arbeitgebers ausgesetzt. Deswegen beschließt die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Fabrikarbeiter: Zu den bevorstehenden Betriebsräteahlen muß die Parole lauten: Keiner Betrieb ohne gesetzliche Betriebsrätevertretung. Die Generalversammlung bringt erneut in Erinnerung, daß kein Mitglied einer freien Gewerkschaft auf anderen als freigezeichneten Listen kandidieren darf. Mitglieder, die auf anderen Listen kandidieren, verpflichten daher gegen die Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskongresses und sind aus der Organisation auszuschließen. Die Generalversammlung verpflichtet die Mitglieder der Zahlstelle Berlin, im Sinne dieser Entschliebung die Vorbereitungen zur Durchführung der Betriebsräteahlen zu treffen.“

Zu der unheilvollen Tätigkeit der sogenannten „Opposition“ innerhalb der Gewerkschaften konnte Rüdiger erstensicherweise feststellen, daß die Opposition in der Zahlstelle Berlin völlig geschwunden ist. Das geht u. a. auch aus dem Resultat der Delegiertenwahlen zur Generalversammlung hervor. Während die Opposition im vorigen Jahre noch versuchte, ihre eigenen Kandidatenlisten durchzubringen, hat sie in diesem Jahre diesen Versuch als völlig nutzlos nicht mehr unternommen. Die Folge davon war, daß von 167 Generalversammlungssteilnehmern nur drei für zur Opposition bekannten. Rüdiger konnte dann am Schluß der Versammlung feststellen, daß es nunmehr wieder möglich sein wird, in ruhiger, sachlicher und kameradschaftlicher Weise positive Gewerkschaftsarbeit zu leisten. Die bisherige Ortsverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Dresden. In der Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle am 30. Januar 1931 berichtete Koll. Grafe in seinem Geschäftsbericht über die allgemeine Wirtschaftslage mit ihren trüben Gewerkschaftserwartungen lohn- und arbeitsmarktpolitischer Art, insbesondere über den Stand unserer Bewegungen und Arbeiter in der Zahlstellenbereich. Die unheilvollen Folgen des Krisenjahres 1930 haben sich auch für unser Zahlstellengebiet voll ausgebreitet und die Anspannung aller Kräfte verlangt, um das Errungene zu halten. Anschläge abzuwehren oder abzumindern. Abgrenzen ist auch die Arbeitslosigkeit in fast allen von uns vertretenen Gruppen, unter-

Chemische Industrie

Dr. Schlesinger und das Bedauz-Verfahren.

Der Herausgeber der Zeitschrift „Werkstattstechnik“, Dr. Ing. Schlesinger, hat in der genannten Zeitschrift zwei Artikel über das Bedauz-Verfahren veröffentlicht. Diese Veröffentlichungen sind in der Diskussion als besonders sachkundig bezeichnet worden. Wir haben sie uns deshalb beschafft und zu unserer Überraschung festgestellt, daß es sich um ein Referat handelt, das nach den Angaben der Bedauz-Gesellschaft erstattet ist. Es lehnt sich wort- und sinngemäß an Referate der Bedauz-Ingenieure an, die uns wiederholt vorgetragen sind. Die Bedauz-Gesellschaft hat zwar bisher über ihr Verfahren noch nichts veröffentlicht. Wir möchten den Artikel Schlesingers aber als erste Veröffentlichung der Gesellschaft ansprechen, wenn er auch aus der Feder Schlesingers geflossen ist. Denselben Artikel hätten wir inhaltlich genau so veröffentlicht können, wenn wir die uns von den Bedauz-Ingenieuren gehaltenen Vorträge wiedergegeben hätten. Die niedergelegten Gedanken sind nicht das Ergebnis eigener Forschung, sondern die Wiederholungen von Angaben der Bedauz-Gesellschaft, die nur die Außerlichkeiten betreffen. Wir bedauern, daß Dr. Schlesinger in fast kritikloser Aufzählung der ihm gewordenen Angaben die Öffentlichkeit unbewußt über das Bedauz-Verfahren falsch unterrichtet. Dabei kommt uns immer wieder der Gedanke, daß schulmäßige Wissenschaft in Arbeitsfragen leichter irreführen ist als praktische Kenntnis der Arbeit. Wir wünschen, daß die Wissenschaft auf anderen Gebieten manchmal ebenso „voraussetzungslos“ wäre wie auf dem Gebiete dem Bedauzstudium.

Wir wollen uns jedoch mit Schlesinger nicht grundsätzlich über das Bedauz-System auseinandersetzen. Unsere Stellung dazu ist bekannt und zum großen Teil mit Beweisen belegt. Wir wollen an dieser Stelle nur die notwendigen Richtigstellungen der vielen unzutreffenden Angaben vornehmen.

Schlesinger sagt auf Seite 326, daß das Stücklohnungssystem psychologisch verfaßt hat, während das Bedauz-Verfahren in der Richtung der Schaffung einer Vertrauensstimmung (zwischen Unternehmern und Arbeitern) mit dem Ziele der Zusammenarbeit liegt. Es ist also der Werkgemeinschaftsgedanke, wie auch Dr. Schwenger in einem Artikel in der „Sozialen Praxis“ richtig zum Ausdruck gebracht hat.

Nach Schlesinger will Bedauz den fehlenden Arbeitswillen und das erschütterte Vertrauen wieder wecken.

Woher weiß denn Schlesinger, daß den Arbeitern der Arbeitswille fehlt? Er scheint die Arbeiter restlos für Faulenzer zu halten.

Er geht dann auf das unseren Lesern bekannte Messverfahren ein, das nach seiner Ansicht von vielen Fachleuten mit kritischen Augen angesehen und mit zweifelndem Herzen empfunden wird. Schlesinger will nach persönlicher Kenntnisnahme der Einzelheiten des Messverfahrens in der Praxis anderer Ansicht geworden sein. Das ist uns verständlich. Das Messverfahren ist an sich einwandfrei, aber die Auswertung der gemessenen Zeit ist Geheimnis der Bedauz-Gesellschaft. Die gemessene Zeit wird willkürlich von den Bedauz-Ingenieuren reduziert. Das „auskalkulierte“ Material wird niemand zugänglich gemacht. Es dürfte durch unsere bisherigen Veröffentlichungen bekannt sein, daß wir über reichliches Material verfügen, mit dem sich unsere Angaben beweisen lassen.

Nachdem die Erakttheit des Bedauz-Verfahrens hervorgehoben und gelobt ist, wird folgender Satz niedergeschrieben:

„Der Betrag an Ruhearbeit und Erholung, der in einer Arbeitseinheit = 1 W steckt, ist gleich der Leistung je Minute eines durchschnittlichen Arbeiters, der ohne Ansporn mit einer als normal angenommenen, dauernd erreichbaren Arbeitsgeschwindigkeit tätig ist, bei der er stets 60 W in einer Stunde erarbeiten kann. Somit wird aus einer Zeitstudie eine richtige Analyse der menschlichen Arbeit.“

Wenn man diesen Satz gelesen hat, muß man erst einen Augenblick den Atem anhalten, um den Sinn richtig zu erfassen. Also, ein W ist gleich einer Minutenleistung eines „durchschnittlichen“ Arbeiters, der „ohne Ansporn“ mit einer als „normal angenommenen“ Arbeitsgeschwindigkeit tätig ist, bei der er „stets 60 W in einer Stunde erarbeiten kann“. O heilige Wissenschaft, unser Respekt wächst vor dir!

Der Durchschnittsarbeiter, der stets 60 W in einer Stunde erreichen kann, ist ebenso fiktiv wie der Wissenschaftler, der durch Inspiration der Bedauz-Ingenieure das Bedauz-Verfahren begreift.

Es kommt dann der abgestandene Gedanke, daß der W-Akkord nicht abgeändert wird, solange das Arbeitsverfahren unverändert bestehen bleibt. Änderungen der W-Werte ohne Änderung des Arbeitsverfahrens sind nicht vereinzelt bekannt geworden. Bei Umstellung der Einzel-W-Werte auf Gruppen-W-Werte werden so horrende Abzüge vorgenommen, daß die Rederei vom feststehenden W-Wert endlich verstummen muß.

Alle „Verlustarbeiten“ sollen nach Bedauz für sich vergütet und nicht als Dauerzuschlag in die „direkte“ Arbeit einbezogen werden. Das Gegenteil ist richtig! Das Bedauz-System hat sich auch für die Firmen als Fehlschlag erwiesen und wird auf Gruppenarbeit umgestellt. Dabei werden alle „unproduktiven“ W-Werte in den Gruppenwert einkalkuliert, wobei die meisten dieser W einfach unter den Tisch fallen.

Schlesinger schreibt: „Nachdem nachgewiesen ist, daß die Tempowerbung der Teilnehmer einen Ungenauigkeitsgrad von nicht mehr als plus-minus 5 v. H. erreicht, muß dieser von Bedauz eingeführte, überaus wertvolle Schnelligkeitsfaktor als „wissenschaftlich“ im Sinne der Zeitstudie zulässig angesehen werden.“

Ja, wo ist denn nachgewiesen, daß der Ungenauigkeitsgrad zwischen plus und minus 5 v. H. schwankt? Die häufig notwendig werdenden Nachprüfungen der W-Werte ergeben weit höhere Korrekturen.

Das Bedauz-System soll ein eindeutiges Urteil über die Eignung der Arbeiter an ihrer Arbeitsstelle geben. Wer dauernd 30 W pro Stunde leistet, wenn sein Nachbar mühelos an der gleichen Arbeit 75 W macht, ist am falschen Ort und muß mit Arbeiten beschäftigt werden, die ihm besser liegen.

Diese Ansicht kann der Verfasser nicht durch eigene Beobachtung gewonnen haben. Die ganz verschiedenen Leistungen der Arbeiter sind meist in der Absurdität des Bedauz-Verfahrens begründet. Zum Beweis nur folgenden Fall: In der Verfabrik der Continental sind gleiche Arbeiten verschieden bewertet. Sie sind bei verschiedenen Arbeitern abgestopft. In der Abteilung wird unschlüssig verkürzt gearbeitet. Ist der minderbezahlte Arbeiter nicht anwesend, so wird diese Arbeit von einem anderen erledigt. Dieser holt sie aber an seinem Arbeitsplatz, damit er seine etwa 75 W erreichen kann. Am anderen Arbeitsplatz kann er nicht entfernt auf 60 W kommen, weil die W-Werte dieser Arbeit an dem betreffenden Arbeitsplatz gebunden sind.

Diese Angaben muten den Nichteingeweihten leicht als Ausfluß eines überreizten Hirns an. Sie sind aber der Praxis entnommen und nur ein Teil der durch das Bedauz-Verfahren bedingten Systemlosigkeiten.

Nationalsozialisten - Wirtschafts-

demokratie - Betriebsräte.

In der Rundfunkauseinandersetzung zwischen unserem Genossen Professor Dr. Nötting und dem Wirtschaftstheoretiker der Nazis, Dr. G. Feder, gab der letztere auch seine Meinung über Wirtschaftsdemokratie und Betriebsräte wie folgt kund:

„Das Verlangen der Arbeiterschaft nach gleichberechtigter Anteilnahme an der Wirtschaftsführung ist Geschwätz und Aufwühlung trübster Schlammfluten anrüchiger Bruchmoral. Betriebsräte sind ebenso wie Versicherungsbeamte einbeherrschte Personen, die nur eine Belastung der Betriebe mit unproduktiven Elementen darstellen.“

Demnach sind auch die Richtlinien für die Arbeit der nationalsozialistischen Betriebsfunktionäre „Geschwätz und Aufwühlung trübster Schlammfluten anrüchiger Bruchmoral“. Der Nazi-Volkswirtschaftler Dr. Feder muß es ja wissen. Aber sein oben zitierter Ausspruch zeigt auch dem einfältigsten Arbeiter, was Geistes Kinder diese „Sozialisten“ sind und wie ihr „Sozialismus“ aussieht.

Der Erholungsfaktor soll besser und gerechter sein als der „stets unrichtige Verlustzeitzuschlag“ bei Akkordarbeit.

Er schwankt je nach der Arbeitsart zwischen 5 und 210 v. H. So steht es auf dem Papier. Die höchsten uns bekannt gewordenen Sätze betragen in ganz vereinzelt Fällen 60 und 65 v. H., liegen also unter dem Drittel der Höchstsätze. Die Höhe für jede einzelne Arbeit soll von Bedauz in jahrelanger Arbeit ermittelt worden sein. Veröffentlichungen sind nicht erfolgt, Bedauz betrachtet den Erholungsfaktor als Geschäftsgeheimnis. Dieses Geschäftsgeheimnis ist so zuverlässig, daß die Teilnehmer sich oft wegen der Höhe mit den Bedauz-Ingenieuren herumschlagen müssen, bis ein Kompromiß gefunden wird. In einigen Fällen haben auch die Betriebsräte eingreifen müssen, um den offensichtlich falschen Erholungsfaktor zu ändern. In Tausenden von Fällen wird heute in der Continental der Erholungsfaktor schematisch auf 10, 15 und 20 v. H. festgelegt.

Der Bedauz-Gesellschaft stehen nach Ansicht Schlesingers alle Untersuchungen der heutigen praktischen Psychologie zur Verfügung und sie verfolgt, wie Schlesinger feststellen konnte, alle Veröffentlichungen auf diesem Gebiete mit größter Aufmerksamkeit und Sorgfalt. Sehr gut! Werket sie diese Veröffentlichungen aber auch aus? In eingehender Rücksprache mit zwei Bedauz-Ingenieuren erklärten mir beide Herren unabhängig voneinander, daß ihnen die modernen Prüfungsmethoden bekannt seien, sie in ihrem System aber ohne die Methoden auskämen. Professor Dr. Adler vom Kaiser-Wilhelm-Institut hat diese Einstellung der Bedauz-Gesellschaft mit folgenden Worten richtig gekennzeichnet:

„Das Ziel, welches das Bedauz-System erreicht zu haben vorgibt, schwelt auch der Arbeitspsychologie vor. Auch sie will ja diejenige Grenze wissenschaftlich einwandfrei feststellen, bis zu der man die Intensität einer Arbeit steigern kann, ohne Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft zu treiben. Aber es ist noch ein weiter Weg, bis wir dieses Ziel erreicht haben.“ (Schluß folgt.)

AG für chemische Produkte vorm. H. Scheidemann.

Die AG für chemische Produkte vorm. H. Scheidemann gibt bekannt, daß sich die ungünstige Wirtschaftslage auch bei ihr auswirkt hat. Unter diesen Umständen erscheint es fraglich, ob eine Dividende ausgeschüttet oder ob der erzielte Gewinn zur Vergrößerung der Rückstellungen verwendet wird.

Dieser Bericht ist reichlich unklar. Er läßt nicht erkennen, ob der Gewinn höher oder niedriger als im Vorjahre ist. Es fehlen auch Angaben darüber, ob der erzielte Gewinn zu einer Dividendenzahlung ausreicht oder nicht. Er soll einfach zur Vergrößerung der Rückstellungen verwendet werden. In der Statistik wird die Gesellschaft dann dividendentlos geführt und erscheint als in Folge der Wirtschaftskrise notleidend, wofür der Bericht jedoch keinen Anhalt bietet. G. Haupt.

Papier-Industrie

Lohnforderungen der AGO.

Am 5. Januar 1931 provozierte die AGO, mit Hilfe von Erwerbslosen den tarifwidrigen Streik in der Cröllwitzer Papierfabrik AG. Am gleichen Tage wurde der Direktion dieses Werkes folgende Forderung unterbreitet:

Bezirkskomitee der AGO,
Halle/Merseburg,
Telephon Nr. 21473.

Halle a. d. Saale, 5. Januar 1931.

An die
Aktien-Papierfabrik Cröllwitz,
Halle a. d. Saale,
Laffr. 28.

Vom Arbeitgeberverband der Papiererzeugungszindustrie, Bezirk 8, Provinz Sachsen, Thüringen und Anhalt, wurde der Lohnsatz zum 4. Januar 1931 gekündigt.

Damit ist in der Papierindustrie ein tarifloser Zustand geschaffen. Zweck der Kündigung war ein Lohnabbau, nach den Verhandlungen am 3. Januar 1931 in Leipzig sollen 18 bzw. 12 Prozent Lohn abgebaut werden.

Die Bürokratie des deutschen Fabrikarbeiterverbandes hat diesen Forderungen der Unternehmer keinerlei Gegenforderungen der Arbeiterschaft entgegengesetzt. Aus diesem Grunde hat die Arbeiterschaft den Vertretern des Fabrikarbeiterverbandes ihr Vertrauen entzogen und spricht ihnen jedes Recht ab, in ihrem Namen Verhandlungen zu führen oder Vereinbarungen mit den Unternehmern zu treffen. Zu gleicher Zeit lehnt auch die Belegschaft jede Einmischung des staatlichen Schlichtungsapparates ab.

Nach Aufnahme des Streiks am 5. Januar hat sich die Belegschaft in ihrer Belegschaftsversammlung aus ihrer Mitte eine Streikleitung gewählt, um gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition (AGO) ihre Interessen selbst zu vertreten.

Die Belegschaft hat laut einstimmigem Beschluß folgende Forderungen aufgestellt:

1. Ablehnung jeglichen Lohnabzuges vom Tariflohn sowie von den Prämien.
2. Lohnerhöhung.*
3. Verkürzung der Arbeitszeit.*
4. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.*
5. Ausreichender Jugendschutz.*
6. Ausreichende Ventilation für Entwässerung und Waschküchen.
7. Schnellste Fertigstellung der Badeeinrichtung für den ganzen Betrieb.
8. Restlose Weiterbeschäftigung aller Streikenden.
9. Ablehnung des Abzuges der Bürgersteuer.
10. Begleichung aller Gebühren für Krankenkassen durch den Unternehmer.
11. Ablehnung der Einmischung aller Schlichtungsinstanzen.
12. Sofortige Zurückziehung der Polizei aus dem Betrieb sowie von den Betriebsräten.

Die Belegschaft überreicht diese Forderung der Firma durch ihre Verhandlungskommission per Einschreibebrief.

Die Belegschaft erwartet, daß die Firma ihre Stellungnahme zu obigem bis Dienstag, den 6. Januar 1931, 14 Uhr, an die Verhandlungskommission der Streikleitung bekanntgibt.

Für die Streikleitung:
Franz Andreas.

Lokal Lindenhof, Halle/Saale, Cröllwitzer Straße.
Bezirkskomitee der AGO.

W. Dolgner, Halle/Saale, Lerchenfeldstraße 14.

Ehe wir auf den Inhalt dieses Briefes selbst eingehen, zunächst einige Feststellungen:

Innerhalb der freien Gewerkschaften ist es üblich, daß Forderungen zu Reichstarifen durch die Zentralvorstände, zu Bezirkslohntarifen durch die Gauleiter und zu Orts- und Bezirksstarifen durch die Zahlstellenleiter und, wo solche fehlen, durch die Gauleiter der Verbände eingereicht werden. Da diese Arbeitervertreter als Angestellte der Gewerkschaften wirtschaftlich vom Unternehmertum oder von dem einzelnen Unternehmer unabhängig sind, können sie nicht nur die Aufstellung, sondern auch die Durchführung der Forderungen auf dem Verhandlungswege entschieden vertreten als ein vom Unternehmer abhängiger und im Arbeitsverhältnis stehender Kollege. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein im Arbeitsverhältnis stehender Kollege oder eine Kollegin aus wirtschaftlichen und familiär-rückwärts dem Unternehmertum oder dem einzelnen Unternehmer nie in der entscheidenden Art entgegengetreten kann, die die Unabhängigkeit des Gewerkschaftsangehörigen dem Unternehmertum gegenüber diesem erlaubt.

In der AGO ist es anscheinend anders. In Halle steht auf gutbezahltem Posten der Leiter der AGO für Mitteldeutschland, der ehemalige Betriebsratsvorsitzende der Leunawerke und von der KPD abgesetzte Reichstagsabgeordnete Schmidt. Der Landtagsabgeordnete Schlag zeichnet für die Nachrichten der KPD verantwortlich, um die AGO mit seiner Immunität vor Verleumdungsklagen zu schützen. Wer W. Dolgner ist, wissen wir nicht. Fest steht aber, daß auch dieser in der Cröllwitzer Papierfabrik nicht beschäftigt war. Die AGO hatte also mindestens drei „unabhängige“ Vertreter zur Verfügung. Trotzdem versteckt sie sich bei ihren Forderungen an die Papierfabrik Cröllwitz hinter dem kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden Andreas, der natürlich rücksichtslos auf das Straßensplatter flog, als nach zwei Tagen das kommunistische Theater beendet war. Hier weiß man wirklich nicht, ob Dummheit, Feigheit oder gewerkschaftliche Unfähigkeit die Ursache zu dieser kommunistischen Taktik war. (Doch, man weiß es. Alle drei Motive wirkten zusammen. Die Redaktion.)

In einem Anfall von Größenwahn oder Geisteskrankheit behaupten die Gewerkschaftsdelegierten der AGO, in ihrem Schreiben, daß die Arbeiterschaft den Vertretern des Fabrikarbeiterverbandes ihr Vertrauen entzogen habe und ihnen jedes Recht abspreche, im Namen der Arbeiterschaft Verhandlungen zu führen oder Vereinbarungen mit den Unternehmern zu treffen, weil die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes den Unternehmern bisher keine Gegenforderungen der Arbeiterschaft entgegengesetzt habe. Besonders groß muß das Vertrauen der Arbeiterschaft zur AGO, allerdings nicht sein, sonst hätte man in Cröllwitz nicht Hunderte von Arbeitslosen gebraucht, um die Belegschaft zur Arbeitsniederlegung

* Nach dem in der Anlage befindlichen Tarifvertragsentwurf.

zu zwingen. Die Revolutionsmänner der R.O.D. brauchen natürlich nicht zu wissen, daß „die Bürokratie des Fabrikarbeiterverbandes“ ihr Verhalten vollkommen nach den Wünschen der mitteldeutschen Papierarbeiterkonferenz vom 19. Oktober 1930 in Leipzig richtete. Diese Konferenz hatte darüber zu entscheiden, ob den Unternehmern der Tarifvertrag gekündigt werden oder ob er mit den bisherigen Löhnen weiterlaufen sollte. Treue Anhänger des R.O.D. waren es, die die Kündigung des Tarifvertrages mit Lohnforderungen verlangten. Auf gewerkschaftlichem Boden stehende Kommunisten dagegen vertraten den Standpunkt, daß in Anbetracht der allgemeinen Lohnabbauphase es faktisch nicht richtig sei, den Lohnvertrag zu kündigen oder Lohnforderungen zu erheben, da derartige Forderungen ganz offenbar das Kennzeichen des Stoffs an sich trügen. Und was sonst selten vorkommt, in diesem Falle folgte die Konferenz durch einstimmigen Beschluß dem Vorschlage der kommunistischen Betriebsratsmitglieder. Diese Tatfache, von der die Mäcker der R.O.D. sicher unberührt sind, ist diesen natürlich un bequem, weil sie nicht in ihr Revolutionsprogramm paßt, und infolgedessen muß geschwindelt werden.

Die Forderung, daß die Belegschaft jede Einmischung der staatlichen Schlichtungsinstanzen ablehnt, ist reichlich nat. Die R.O.D.-Strategen wissen natürlich ganz genau, daß der staatliche Schlichtungsapparat auf einer Verordnung mit Gesetzeskraft beruht und nur in Tätigkeit tritt, wenn er von einer der beiden Parteien angerufen wird.

Einige Worte zu den einzelnen, auf einstimmigen Beschluß der Belegschaft aufgestellten Forderungen, wobei wir nochmals feststellen, daß die Einstimmigkeit der Betriebsarbeiter schaft darin bestand, daß von zirka 600 Beschäftigten 33 R.O.D.-Mitglieder des Betriebes und 15 Arbeitslose die Forderungen aufgestellt haben.

Im ersten Punkt wird die Ablehnung jeden Lohnabzuges gefordert. Da die Gewerkschaften dasselbe verlangen, ist diese Forderung weder „revolutionär“ noch neu. In dem von der R.O.D. aufgestellten Entwurf eines Reichsrahmentarifvertrages für die Papiererzeugungsindustrie heißt es im § 14, daß an Stelle der Prämien die Tariflöhne entsprechend zu erhöhen sind. Das heißt also, die Prämien werden abgeschafft und durch höhere Löhne ersetzt. Die Forderung der R.O.D. an die Direktion der Eröllwitzer Papierfabrik steht aber mit dieser Forderung zum Reichsrahmentarif-Entwurf im schärfsten Widerspruch, denn von der Eröllwitzer Papierfabrik wird gefordert, daß von den Prämien kein Lohnabzug erfolgen darf.

Im zweiten Punkt verlangt die R.O.D. eine Lohnerhöhung.

Im dritten Punkt wird Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Da der R.O.D. und die freien Gewerkschaften schon seit Monaten die 40-Stunden-Woche fordern, ist auch diese Forderung nicht kommunistisch, dagegen gleicht sie viel eher einem geistigen Diebstahl.

Im Punkt 4 wird gleicher Lohn für gleiche Arbeit gefordert. Auch eine gewerkschaftliche Selbstverständlichkeit.

Zu Punkt 5 wird ausreichender Jugendschutz gefordert. Daß es sich hier um eine Forderung an die politischen Parlamente handelt, brauchen die Führer der R.O.D. nicht zu wissen, trotzdem sie Parlamentarier waren oder noch sind.

Im Punkt 6 wird ausreichende Ventilation für Entwässerung und Waschkästen verlangt. Die Forderung ist reichlich unklar. Sollten diese Vorrichtungen dazu dienen, die R.O.D.-Bunzen zu reinigen und ihre gewerkschaftliche Unfähigkeit abzuwaschen, so würden wir allerdings der Firma empfehlen, diesen Forderungen sofort Rechnung zu tragen. Handelt es sich aber um Schutzmaßnahmen für die Arbeiter schaft aus Betriebsvorgängen im Produktionsprozeß, so genügt es vollkommen, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten auf solche Mängel aufmerksam gemacht und um Abhilfe ersucht werden. Trifft trotzdem die Abhilfe nicht ein, so sollten mündestens kommunistische Landtagsabgeordnete wissen, welcher Weg der Beschwerde dann zu gehen ist. Ob ein abgefragter kommunistischer Reichstagsabgeordneter soviel Weisheit besitzt, wollen wir dahingestellt sein lassen. Derselbe Weg ist ohne weiteres zu Punkt 7 gangbar, der sich mit der Fertigstellung der Vadeimeinrichtung im ganzen Betrieb befaßt.

Ungezogenenfalls schwer dürfte der Direktion der Eröllwitzer Papierfabrik die Lösung zu Punkt 8 gefallen sein, wonach sie verpflichtet werden soll, alle Streikenden reiflos weiterzu beschäftigen. Wir wußten bisher nicht, daß Streikende sich in Beschäftigung befinden, also Arbeit leisten. Im Gegenteil waren wir immer der Auffassung, daß der Streik Arbeits niederlegung bedeutet. Ist dieses richtig, dann können aber die Streikenden nicht reiflos weiterbeschäftigt werden. Im kommunistischen Lager scheint man aber am liebsten bei reifloser Weiterbeschäftigung den Streik nur mit dem großen W — und wera zu führen. Des Streikens beforren dann, wenn er auf gewalttätige Veranlassung, wie in Eröllwitz, die der R.O.D. fernstehenden Arbeiter. Verständlich hätten wir gehabt, wenn im Punkt 8 verlangt worden wäre, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen und die Streikenden zu ihren alten Rechten wieder eingestellt werden. Diese Forderung war aber von der R.O.D. nicht gut anzustellen, da 95 Prozent der Streikenden Erwerbslose waren, die zur Eröllwitzer Papierfabrik in keinem Arbeitsverhältnis standen.

Punkt 9 ist wiederum eine politische Forderung. Nach den Anordnungen des Reichspräsidenten ist der Arbeiter verpflichtet, die Bürgersteuer in Abzug zu bringen. Infolgedessen ist die Forderung auf Ablehnung des Abzuges der Bürgersteuer eine reine Agitationsphrase. Dasselbe gilt zu Punkt 10 der Forderungen, daß der Unternehmer alle Gebühren für Krankenkasse zu tragen hat. Auch hier schreibt die Verordnung vor, daß der Kranke diese Gebühren bei Empfang des Krankengeldes zu entrichten hat. Man sollte mindestens von Abgeordneten verlangen können, daß sie wissen, daß derartige Forderungen vor das Parlament gehören.

Punkt 11, der die Einmischung aller Schlichtungsinstanzen ablehnt, haben wir bereits behandelt.

Im Punkt 12 wird die sofortige Zurückziehung der Polizei aus dem Betrieb und von den Betriebsstoren verlangt. Diese Forderung ist bei einem von den Gewerkschaften geschuldeten und gestützten Streik eine Selbstverständlichkeit; bei wilden

Streiks der R.O.D. unter Zuhilfenahme fremder, im Betrieb nicht beschäftigter Personen ist unter Umständen die Anwesenheit der Polizei eine notwendige Sicherheitsmaßnahme zugunsten der Belegschaft, um diese vor Mißhandlungen zu schützen. Es ist eben ein wesentlicher Unterschied zwischen gewerkschaftlichen Kämpfen und kommunistischen Putsch.

Die kommunistische Streikleitung, in der Gelbe, Unorganisierte, ein „ganzer“ Mann der R.O.D. und einige von dieser aufgeblähte Mitglieder unseres Verbandes saßen, verlangte, gemeinsam mit dem Bezirkskomitee der R.O.D., von der Firma bis zum 6. Januar 1931, 14 Uhr, Antwort auf ihre Forderungen.

Die Antwort wurde erteilt, im Sinne dieser „Revolutionäre“ dürfte sie kaum gewesen sein. Als die Antwort eintrafen sollte, waren bereits 90 Prozent der Arbeiter wieder im Betriebe tätig, und 40 Mann, darunter die revolutionäre Streikleitung, hatte die Firma auf die Straße geworfen. Damit war aber auch der revolutionäre Klan der R.O.D. erloschen; sie berief eine große Erwerbslosen-Versammlung ein und beschloß den Abbruch des Streiks.

Heil Moskau! Heil Hitler! Der kommunistisch-faschistische Putsch in Eröllwitz war glorreich beendet. O. Stähler.

Nahrungsmittel-Industrie

Die deutsche Blindustrie im Jahre 1930.

Die deutsche Blindustrie gehört zu jenen Industriezweigen, die ihre Rohstoffe fast reiflos vom Ausland beziehen. Der Anbau von Ölsaaten in Deutschland mochte in seinem früheren Umfange und zu einer Zeit, da die Blindustrie noch in ihren Kinderschuh steckte, von Bedeutung sein; heute ist der Anbau von Ölsaaten und Ölrüchten in Deutschland für die Blindustrie bedeutungslos. Eine Übersicht über die Saateinfuhr gibt uns daher gleichzeitig einen Überblick über die Saateinfuhr, da auch die Ausfuhr von Ölsaaten so gering ist, daß sie rechnungsmäßig kaum ins Gewicht fällt. In den letzten Jahren ist die Rohstoffverarbeitung bei der Blindustrie geradezu rapide in die Höhe geschwenkt. Im Jahre 1930 aber ist bei der Saateinfuhr ein erheblicher Rückschlag eingetreten. Eine Gegenüberstellung der Einfuhr der wichtigsten Ölsaaten und -früchte ergibt folgendes Resultat:

Einfuhr an Ölsaaten und Ölrüchten in Doppelzentner.

Saaten	1913	1920	1929	1930
Raps, Rübsen . . .	1 534 270	886 910	175 328	192 177
Senf	—	7 604	70 618	85 572
Sonnenblumenamen .	—	900	32 389	48 063
Erdnüsse	980 850	99 518	6 441 651	6 438 989
Sejam	1 160 300	249 885	137 934	358 227
Leinsaat, Leinmehl	5 604 280	539 598	3 159 567	2 355 705
Saamwollamen	2 197 970	5 216	74 741	713
Sojabohnen	1 257 500	204 711	10 238 584	8 887 857
Palmerne	2 359 210	272 332	3 044 751	3 067 547
Kopra	1 965 980	968 934	2 445 476	1 507 556
	17 060 450	3 226 598	25 827 039	22 942 406

Die Saateinfuhr betrug im Jahre 1930 nicht ganz 23 Millionen Doppelzentner, 1929 dagegen wurden annähernd 26 Millionen Doppelzentner Saaten eingeführt und verarbeitet. Die Rohstoffverarbeitung der Blindustrie ist also im Jahre 1930 um 2,9 Millionen Doppelzentner oder rund 11,5 Prozent zurückgegangen. Im Jahre 1913 wurden rund 17 Millionen Doppelzentner Saaten verarbeitet. Die Saateinfuhr ging während des Krieges bis zum Jahre 1920 auf 3,2 Millionen Doppelzentner zurück. Vom Jahre 1920 an hatten wir dann eine dauernde Steigerung bei der Saateinfuhr zu verzeichnen und das Jahr 1930 bringt uns nun wieder einen bedeutenden Rückschlag. Trotz dieses Rückschlages bei der Saateinfuhr um rund 2,9 Millionen Doppelzentner standen wir 1930 bei der Saateinfuhr aber noch 5,9 Millionen Doppelzentner höher als 1913.

Aus der gesteigerten Saateinfuhr kann nicht ohne weiteres der Schluß gezogen werden, daß auch die Mlerzeugung im gleichen Umfange gestiegen ist. Führten wir in den letzten Jahren vor dem Kriege vorwiegend stark ölhaltige Saaten ein, so hat sich in dieser Beziehung das Bild geändert. Die Tabelle zeigt, daß 1913 Leinsaat und Leinmehl bei der Einfuhr an erster Stelle standen. Dann folgten Palmerne, Saamwollamen, Kopra usw. Bei der Einfuhr 1929 und 1930 stehen Sojabohnen an erster Stelle, dann folgen Erdnüsse. Namentlich Sojabohnen aber haben einen sehr geringen Ölgehalt. Die Steigerung bei der Mlerzeugung hat also mit der Steigerung bei der Saateinfuhr nicht gleichen Schritt gehalten.

Die Mlerzeugung betrug in Deutschland 1913 = 653 000 Tonnen, 1929 dagegen 853 000 Tonnen. Die Saateinfuhr betrug von 1929 rund 51 Prozent höher als 1913, die Mlerzeugung nur 30,6 Prozent. An dem Rückschlag der Saateinfuhr für 1930 ist nun die Sojabohne in erster Linie mit 1 350 727 Doppelzentner beteiligt. Da dieses eine Frucht mit geringem Ölgehalt ist, so ist auch der Rückschlag bei der Mlerzeugung im letzten Jahre verhältnismäßig nicht so hoch wie der Rückschlag bei der Saateinfuhr. Der Rückschlag bei der Saateinfuhr dürfte in erster Linie auf den Zusammenschluß der Union mit dem Lever-Konzern zu der „Unilever“ zurückzuführen sein. Dafür spricht auch, daß die Senkung bei der Saateinfuhr nach Deutschland nicht gleich zu Anfang des Jahres einsetzte. In den ersten Monaten war die Saateinfuhr höher als 1913. Erst seit Mai setzte ein starker Rückschlag ein.

Neben der Saateinfuhr spielt nun für die deutsche Blindustrie auch die Klein- und -ausfuhr eine wesentliche Rolle. Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung bei der Saateinfuhr wie auch bei der Klein- und -ausfuhr für die beiden Jahre 1929/30.

Monat	Einfuhr Ölsaaten i. dz		Einfuhr Öl in dz		Ausfuhr Öl in dz	
	1929	1930	1929	1930	1929	1930
Januar	1 826 740	2 352 130	51 755	58 402	106 404	140 142
Februar	1 741 301	2 269 636	23 980	54 629	143 890	189 132
März	2 427 276	2 459 607	37 474	66 962	171 729	129 019
April	3 193 659	2 188 731	50 509	81 631	213 281	83 583
Mai	2 644 646	2 029 073	65 691	86 306	221 345	72 917
Juni	2 344 429	1 444 137	67 844	89 613	124 426	78 640
Juli	2 163 500	1 498 303	69 438	87 047	113 015	80 563
August	1 859 072	1 817 536	72 238	67 130	130 371	133 662
September	2 131 878	1 666 175	61 165	73 037	137 151	83 836
Oktober	2 079 374	1 745 211	69 164	61 106	203 393	136 451
November	2 272 526	1 695 563	53 730	57 747	212 083	121 653
Dezember	1 742 535	1 776 251	51 083	49 322	119 026	110 605
	25 827 039	22 942 406	684 088	833 192	1 896 119	1 365 226

Die Zusammenstellung zeigt deutlich, daß die Saateinfuhr erst seit Mai 1930 gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen ist. Die Saateinfuhr war namentlich in den Jahren 1927, 1928 und 1929 stark gesteigert worden. Die Konzerne ließen in Deutschland erhebliche Mengen an Ölsaaten verarbeiten und führten das Öl im Veredelungsverkehr wieder aus. Jetzt ist die Unilever, nach der Verbindung mit dem Lever-Konzern, scheinbar dazu übergegangen, das Öl, das sie in anderen Ländern benötigt, in diesen Ländern selbst herstellen zu lassen. Der Zusammenschluß zu der Unilever hat sich also zum Nachteil der deutschen Blindustrie und ihrer Arbeiterschaft ausgewirkt.

Anderes als die Saateinfuhr hat sich nun die Kleinfuhr entwickelt. Mit Ausnahme der Monate August, Oktober und Dezember war die Kleinfuhr in allen Monaten höher als im Jahre 1929. Die Hauptposten bei der Kleinfuhr stellen Palmöl, Leinöl und Sojaöl. Beim Leinöl scheint die holländische Konkurrenz der deutschen Industrie dadurch überlegen zu sein, daß sie ein besonderes Öl für technische Zwecke herstellt. Für Sojaöl trifft das sicher nicht zu; hier ist die deutsche Industrie in der Technik wohl am weitesten fortgeschritten. Die Kleinfuhr betrug insgesamt im Jahre 1929 = 684 088 Doppelzentner und im Jahre 1930 = 833 192 Doppelzentner. Sie ist also 1930 um 149 104 Doppelzentner oder 21,6 Prozent gestiegen. Die Kleinfuhr betrug 1929 = 1 896 119 Doppelzentner und im Jahre 1930 = 1 365 226 Doppelzentner. Die Kleinfuhr ist mithin im Jahre 1930 um 530 893 Doppelzentner oder um rund 28 Prozent zurückgegangen. Der Rückgang bei der Kleinfuhr ist dadurch erklärlich, daß die Unilever Öl, die sie in anderen Ländern benötigt, mehr in diesen Ländern selbst herstellen läßt, als früher die Konzerne. Die erhöhte Einfuhr aber zeigt, daß der Ölverbrauch in Deutschland durchaus nicht zurückgegangen ist. Auf dem Weltmarkt hat also die deutsche Blindustrie im Jahre 1930 eingebüßt; ja, sie ist in geringem Umfange auch vom Inlandsmarkt etwas verdrängt worden.

Der Rückschlag bei der Saateinfuhr und mithin bei der Mlerzeugung ist zu einem Teile auch darauf zurückzuführen, daß das Transefett bei der deutschen Fettversorgung eine immer größere Rolle spielt. Durch guten Ausbau der Raffinations- und Härtungsanlagen ist es möglich geworden, aus Tran ein gutes Hartsef zu herzustellen, das in der Margarineindustrie im immer größerem Umfange Verwendung findet. Bereits im Jahre 1928 wurden von der Margarineindustrie als Rohstoff neben 78 Prozent Pflanzenfetten und 6 Prozent tierischen Fetten 16 Prozent Transefett verarbeitet. Die Transeinfuhr ist nun, namentlich in den letzten beiden Jahren, stark gestiegen. Folgende Tabelle zeigt hier die Entwicklung:

Einfuhr von Tran und Fischspeck.

Jahr	Einfuhrmenge in dz	Jahr	Einfuhrmenge in dz
1913	510 780	1927	797 580
1920	189 015	1928	995 083
1922	629 297	1929	1 203 062
1924	360 087	1930	1 650 751

An der Einfuhr ist der Fischspeck nur mit 1660 Doppelzentner beteiligt, der weitaus größte Teil entfällt also auf Tran. Die Transeinfuhr ist 1930 um 447 689 Doppelzentner gestiegen, nachdem sie im vorhergehenden Jahre und auch 1928 erheblich gestiegen war. Die ganze Entwicklung zeigt eine starke Steigerung des Tranverbrauches. Da nun das aus Tran erzeugte Hartsef vorwiegend zu Speisezwecken mit verwendet wird, ist eine stärkere Verdrängung des Öles aus der Speise fettindustrie durch Tranhartsef eingetreten. Dadurch ist aber der Produktionsrückgang in der Blindustrie nur zum Teil zu erklären. Der Ölverbrauch in Deutschland war trotzdem höher als im Vorjahre. Das zeigt die erhöhte Einfuhr und die geringere Ausfuhr. Die Blindustrie schließt also für das Jahr 1930 mit einem Manko ab.

Wie steht es um die Arbeiterschaft? Anfang 1929 waren in der Blindustrie einschließlich der selbständigen Fet Raffinerien 9436 Personen beschäftigt, Anfang 1930 nur 9035. Die Saateinfuhr stieg im Jahre 1929 um rund 1,3 Millionen Doppelzentner, die Zahl der Beschäftigten ging um rund 400 zurück. Anfang 1930 betrug die Zahl der Beschäftigten 9035, Anfang 1931 rund 8750. Die Saateinfuhr ging 1930 um 2,9 Millionen Doppelzentner zurück, die Zahl der Beschäftigten um nicht ganz 300. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß in der Harburger Blindustrie der Sechsfundentag durchgeführt ist und infolgedessen allein die Firma Brinkmann & Mergell 350 Leute neu einstellte. In den übrigen Betrieben Harburgs sind Neueinstellungen nicht viel erfolgt. Es wurden aber Entlassungen vermieden. Rechnen wir, daß in Harburg nur 400 Leute insgesamt durch die Verkürzung der Arbeitszeit eingestellt wurden, und ziehen diese 400 von den 8750 ab, dann ist die Zahl der Beschäftigten tatsächlich um annähernd 700 zurückgegangen. Dazu kommt noch, daß Ende 1930 und Anfang 1931 in allen größeren Betrieben entweder nur 36 Stunden je Woche oder nur 5 Tage je Woche gearbeitet wird.

Schließt das Jahr 1930 für die Blindustrie auch mit einem Verlust ab, so hat sie es doch verstanden, die menschliche Arbeitskraft in ihren Betrieben viel weiter zu reduzieren als der Rückschlag der Produktion ausmacht. Die Arbeiterschaft aber ist bei diesen Dingen in erster Linie die Leidtragende. Das ist das Ergebnis des Jahres 1930 für die Arbeiterschaft in der deutschen Blindustrie. E. Senkfeil.

Verschiedene Industrien

Die Spielwarenindustrie vor dem Erzeugnis-Anschuß.

III.

Aber die Betriebsgrößen sowie Betriebs- und Unternehmungsorganisationen hat der Enquete-Ausschuß umfangreiches statistisches Material gesammelt. Danach ist die Ver breitung der einzelnen Betriebsgrößen bei den einzelnen Produktionsgruppen recht verschieden. Wesentlich von dem Durchschnitt weicht die Metallspielwarenindustrie ab. Hier waren 1925 30 Prozent der Beschäftigten in Betrieben mit 51 bis 200 Personen, 45 Prozent in Betrieben mit über 200 Personen und nur 5 Prozent in Zwergebetrieben mit weniger als fünf Personen tätig. Die durchschnittliche Betriebsgröße mit 21 Personen je Betrieb liegt weit über den für die übrigen Produktionsgruppen geltenden Sätzen.

Umgekehrt ist der Klein- und Kleinstbetrieb die herrschende Betriebsform bei der Verfertigung von Glaspielwaren und Christbaum schmuck. Aber drei Fünftel aller Beschäftigten waren hier in Betrieben mit 1 bis 5 Personen und nur je ein Fünftel in Mittel- und Großbetrieben tätig. Auch bei der Puppenfabrikation, dem nach der Zahl der Betriebe und der beschäftigten Personen umfangreichsten Zweig der Spielwarenindustrie, sowie bei der Herstellung von Spielwaren aus Holz und vor allem aus Stoff treten die kleineren Betriebs-einheiten infolge der hausgewerblichen Betriebsorganisationen stärker hervor.

Die Betriebsgrößengliederung der Spielwarenindustrie nach der Betriebszählung 1925 zeigt nachstehendes Bild:

Produktionszweig	Betriebe und Beschäftigte:							
	1 bis 5		6 bis 50		51 bis 200		201 bis 1000	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
Metallspielwaren	163	435	160	2949	43	4704	8	3812
Holzspielwaren	1173	3022	248	3875	28	2154	3	903
Puppen	1422	3586	221	3336	25	2162	4	1776
Stoffspielwaren	265	736	90	1270	6	852	—	—
Papierspielwaren	322	841	79	1622	14	1451	1	460
Glaspielwaren	1190	3421	138	1344	10	822	1	261
Sonstige Spielwaren	353	968	96	1536	23	2021	—	—
Insgesamt	4918	13009	1032	15826	149	14166	17	7212

Dieser Zusammenstellung sind noch hinzuzuzählen ein Betrieb mit 3155 beschäftigten Personen und 4883 Alleinbetriebe. Von den Alleinbetrieben entfallen auf Metallbetriebe 351, Holzbetriebe 701, Puppenbetriebe 1640, Stoffbetriebe 360, Papierbetriebe 429, Glasbetriebe 474 und sonstige Spielwaren 428 Alleinbetriebe.

Der Vergleich der Betriebszählungen von 1907 und 1925 zeigt eine eindeutige Konzentrationsbewegung. Da in den Zahlen von 1907 die kleinstbetrieblich organisierte Christbaum-schmuckindustrie fehlt und die Heimarbeit nur unvollständig erfasst ist, ist die Konzentration in Wirklichkeit noch ausgeprägter. Selbstverständlich ergeben sich im Ausmaß und Tempo dieser Entwicklung je nach Produktionszweig und Standort erhebliche Abweichungen. Sowohl bei der Metall- wie der Holzspielwarenindustrie, den beiden einzigen Gruppen, bei denen der Vergleich mit 1907 möglich ist, ist eine deutliche Konzentration festzustellen.

Die Gewerbeaufsichtsstatistik 1928 stellt fest, daß Betriebe mit 5 bis 49 Personen nach 1925 um 12,1 Prozent und die Zahl der beschäftigten Personen um 16,3 Prozent zurückgegangen ist; Betriebe mit über 49 Personen hingegen um 6,6 Prozent. Die Personenzahl hat sich aber um 1,3 Prozent erhöht.

Im Krisenjahr 1926 war die Widerstandsfähigkeit der Betriebe mit 5 bis 49 Personen verhältnismäßig stärker. Mit beginnendem Aufschwung setzte sich jedoch der Rückgang dieser Größenklasse fort, und auch im Jahre 1928 trat nur eine geringe Erhöhung ein, die aber den Stand von 1926 nicht wieder herstellen konnte. Demgegenüber haben die größeren Betriebe mit 50 Personen und darüber 1928 bereits den Stand von 1925 wieder überschritten.

In dem stark mit Hausgewerbebetrieben durchsetzten Thüringen ist eine entgegengesetzte Tendenz zu beobachten. Hier ging die Beschäftigtenzahl der größeren Betriebe innerhalb vier Jahren um mehr als 25 Prozent zurück, die der Mittelbetriebe dagegen nur um 13 Prozent. Auch in Sachsen ist ein Rückgang der größeren Betriebe zu verzeichnen.

Die Entwicklung der Konzentrationsbewegung in den Hauptstandorten Bayern, Thüringen und Sachsen zeigt folgende Tabelle auf:

Betriebe mit 5 bis 49 Personen	Personen	Bayern		Thüringen		Sachsen		
		Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	
1925	222	3396	50	5960	245	3693	41	4101
1926	216	3126	43	5157	205	3164	31	2870
1927	204	2893	51	6153	181	2662	37	3379
1928	210	3036	51	7119	229	3198	30	3009
1925	173	2725	22	2714	125	2053	18	2109
1926	124	2013	23	2378	125	1918	25	2573

Das weiter oben Gesagte findet also seine Bestätigung durch diese Zusammenstellung.

Wenn man in der Spielwarenindustrie überhaupt von einer einheitlichen Betriebsgröße reden kann, so bei den mittleren Betrieben, also in der Metallspielwarenindustrie bei den Betrieben mit 50 bis 100 Personen, in den anderen Zweigen mit weniger als 50 Personen. In diesen Betrieben kann ohne großen Kapitalaufwand rationalisiert werden, zumal hier die Spezialisierung auf einige wenige Artikel am leichtesten durchzuführen ist. Es ist dies die Betriebsklasse der eigentlichen Qualitätsprodukte.

Der Großbetrieb genießt demgegenüber die Vorzüge des vorteilhafteren Rohstoffbezugs, der leichteren Kapitalbeschaffung und besseren Absatzorganisation. Er hat sich in Deutschland aber bisher nur in dem am meisten „industrialisierten“ Zweige der Spielwarenindustrie, in der Metallspielwarenindustrie, durchsetzen können, wo er auch technische Vorzüge genießt. Im übrigen ist sein Fortschreiten durch den Angriff der Vielzahl der Artikel hohen Investitionsbedarf gehemmt. Der Großbetrieb kommt bei seiner Erzeugung qualitativ nicht über eine gute Mittelleistung hinaus, das schwächt seine Konkurrenzfähigkeit, wenn er sich auch vom Handel abhängig machen kann.

Demgegenüber ist die leichte Anpassung an den individuellen Charakter des Spielzeugs und die Differenzierung des Bedarfs ein Hauptvorteil des Kleinbetriebs. Die häufig einfache Produktionstechnik erlaubt die Aufnahme der Fabrikation ohne Festlegung großer Kapitalsummen. Die zahlreichen Mustererschleppungen brechen jedes Geschmacksmonopol der größeren Betriebe, zumal Großhandel und Warenhäuser besonders Wert auf Erhaltung der Kleinbetriebe

legen und sie durch günstige Abnahmeverbindungen stützen. Infolge der geringeren Generalunkosten, des geringeren Lohnanteils bei verlängerter Arbeitszeit, der geringeren Kapitalinvestition und niedrigeren Lebenshaltung der Kleingewerbetreibenden, aber auch infolge mangelhafter Kalkulation und schwächerer wirtschaftlicher Position, die zum gegenseitigen Unterbieten der Preise führt, lassen die Kleinbetriebe dem Handel eine größere Gewinnspanne. Auf diese Weise konnte die Position des Kleinbetriebs in den meisten Zweigen nicht nur gehalten, sondern in den typischen Hausgewerbebezirken der Großbetriebe sogar zurückgedrängt werden.

Die Produktionstechnik der Spielwarenindustrie zeigt als Vorbild nicht den Klein-, sondern den Großbetrieb. Das zeigt die Entwicklung der Spielwarenindustrie in den Vereinigten Staaten von Amerika an. H. Eiflein.

Bestimmungen über die Hausarbeit in der Konservenindustrie.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat am 6. Januar 1931 auf Grund des Paragraphen 10 Abs. 3 und des Paragraphen 15 HVG. Bestimmungen über die Hausarbeit in der Konservenindustrie erlassen.

Der Paragraph 1 bestimmt, daß jeder Inhaber einer Konservenfabrik, der Hausarbeiter beschäftigt, verpflichtet ist, bei Beginn der Arbeit die genaue Wohnungsangabe jedes Hausarbeiters sowie etwaige Änderungen dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten mitzuteilen.

Der Paragraph 2 verpflichtet jeden Inhaber einer Konservenfabrik, sich vor der ersten Ausgabe der Hausarbeit und mindestens einmal während der Kampagne persönlich oder durch Beauftragte darüber zu unterrichten, daß die Einrichtungen und der Betrieb der Werkstätten der Hausarbeiter den im Paragraphen 3 genannten Anforderungen entsprechen.

Weg und Ziel, Kampf und Sozialismus.

Denn nur in einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, in welcher es kein Privateigentum an den Produktionsmitteln mehr gibt, sondern diese der Gesamtheit gehören, können die Klassegegensätze aufgehoben und muß an deren Stelle eine solidarische Gemeinschaft der Menschen treten, welche sowohl die gesellschaftliche Arbeit wie den gesellschaftlichen Genuß unter alle Gesellschaftsglieder in freier Selbstbestimmung verteilen werden. Aber diese Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist nicht anders zu erreichen als durch den Kampf. Denn dieses Privateigentum macht ja das Vorrecht und die Herrenstellung der herrschenden Klasse aus; und noch niemals hat eine herrschende Klasse freiwillig auf ihre Macht und ihre Privilegien verzichtet. Der Kampf der aufstrebenden Klassen gegen die Herrschenden war in aller Geschichte bisher eine Notwendigkeit und er ist es ebenso auch heute. So wie der Klassegegensatz ein notwendiges Produkt der heutigen Gesellschaftsordnung ist, so ist der Klassenkampf eine ebenso notwendige Folge.

Max Adler („Die Kulturbedeutung des Sozialismus“ Verlag der Wiener Volksbuchhandlung)

Im Paragraphen 3 der Bestimmungen wird gesagt: „Die in der Konservenfabrik beschäftigten Hausarbeiter haben nachstehende Vorschriften zu befolgen:

- Gemüse, Pilze, Früchte usw. müssen in einem dazu geeigneten, reinlichen, nicht zu warmen, gut gelüfteten Raume aufbewahrt werden; die Aufbewahrung oder Verarbeitung in Kranken- oder Schlafräumen ist verboten. (Zur Aufbewahrung eignen sich am besten trockene, luftige Keller und unbenutzte Wajshäuschen.)
- Das Ausführen der Gemüse usw. auf den Fußboden ist streng untersagt. Die Arbeit darf nur in sauberer Kleidung und mit sauberen Händen und Geräten verrichtet werden. Das Ausputzen auf den Fußboden der Arbeits- und Aufbewahrungsräume ist verboten. Haustiere (Hunde, Katzen und dgl.) dürfen nicht in den Arbeits- und Aufbewahrungsräumen geduldet werden.
- Kranke Personen und kleine Kinder dürfen mit den zu verarbeitenden Gemüsen usw. nicht in Berührung kommen. Kinder dürfen nur soweit, wie es die gesetzlichen Vorschriften gestatten, beschäftigt werden.
- Die Beförderung der Gemüse von und nach der Fabrik hat in sauberen, von der Fabrik zu stellenden verdeckten Gefäßern und Säcken zu geschehen. Verschäfter Spargel darf nur in mit reinen weißen Leinentüchern ausgelegten Kisten oder dgl. befördert werden.
- Alle in der Konservenindustrie beschäftigten Hausarbeiter haben sich der Beaufsichtigung durch die Inhaber der Fabrik oder deren Beauftragte zu unterwerfen. Diese haben bei jedem Besuch einen Vermerk in das Lehndbuch einzutragen. Der Hausarbeiter hat das Lehndbuch für die Eintragungen stets bereitzuhalten. Die Beaufsichtigung hat sich besonders auf die Reinlichkeit und Zweckmäßigkeit der benutzten Räumlichkeiten, Gerätschaften usw. zu erstrecken.
- Die Hausarbeiter sind verpflichtet, den Gewerbeaufsichts- und Polizeibeamten bei Besichtigungen der Werkstätten das Lehndbuch auf Verlangen vorzuzeigen.

Die Ausgabe von Rohware an Kinder unter 14 Jahren wird durch Paragraph 4 verboten und im Paragraph 5 wird bestimmt, daß die Vorschriften des Paragraphen 3 im Wohnbereich abzuändern sind. Der Paragraph 6 stellt Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen unter die Strafbestimmungen des Hausarbeitsgesetzes in der Fassung vom 27. und 30. Juni 1923.

Im Freistaat Braunschweig bestehen ähnliche Bestimmungen bereits seit 1916. Diese haben sich, abgesehen von einigen Durchföcherungen, bewährt. Die Bestimmungen waren für Preußen notwendig; denn die Bearbeitung und Veredelung von Nahrungsmitteln erfordert Vorzüge. Bei gutem Willen und dem notwendigen Verantwortlichkeitsgefühl lassen sich die Bestimmungen sehr wohl durchführen. H. Eiflein.

Internationale Arbeiterbewegung.

Umbau der russischen Gewerkschaften.

Um die russischen Gewerkschaften immer enger dem Aufbau der russischen Wirtschaft anzupassen, hat der Zentralrat der russischen Gewerkschaften auf Anregung des Obersten Volkswirtschaftsrates beschlossen, die großen Verbände in kleinere Organisationen aufzuteilen. So werden neun Verbände aufgeteilt.

Der Verband der Chemiewarbeiter wird in drei Verbände aufgeteilt: für die chemischen Urprodukte (180 000), für die Chemieindustrie (47 500) und für die Glas- und Porzellanindustrie (111 000 Mitglieder).

Ferner werden in Zukunft besondere, selbständige Verbände für die Öl-, Fleisch-, Fisch- und Konservenindustrie und für die Zuckerindustrie bestehen, die bisher dem Nahrungsmittelarbeiterverband bzw. dem Landarbeiterverband zugeteilt waren.

Die einzelnen Verbände haben keine Gelegenheit gehabt, sich zu diesen organisatorischen Veränderungen zu äußern, und noch viel weniger sind die Gewerkschaftsmitglieder um ihre Meinung gefragt worden. Diese haben nur die Befehle auszuführen. Aber in Deutschland sollen nach dem Willen der KPD. und der RSD. sogar die Unorganisierten bei den wichtigsten Angelegenheiten der Gewerkschaften mitreden und sogar mitentscheiden dürfen.

Rundschau.

„Deutschland, Deutschland über alles!“ Aber erst kommt der Profit! Mag das Vaterland zugrunde gehen, wenn nur der Profit nicht geschmälert wird. Der Kapitalismus kennt keine Landesgrenzen und keine Landesfarbe. Wenn ihm die „heimische“ Kapitalanlage nicht genug Gewinn abwirft, geht der Kapitalist mit seinem Geldsack eben ein wenig ins Ausland. Oder er errichtet Fabriken im Ausland, um Steuern und soziale Belastungen zu „sparen“.

Ebenso machte es die Hamburger Reederei Vogemann, die ihren Dampfer „Vogland“ jetzt unter der Flagge der mittelamerikanischen Republik Panama fahren läßt, weil sie dadurch an Löhnen und Sozialabgaben etwa 44 Prozent spart. Eine 25prozentige Lohnkürzung für die Mannschaften, die nun auch jeden Schutz durch die deutsche Sozialversicherung und die deutschen Seegesetze entbehrt, und die nicht geringen Steuerersparnisse lassen den Flaggenwechsel als ein feines Geschenk für die Firma erscheinen. Herunter mit der schwarz-rotgoldenen Flagge und dafür die fremde Flagge mit den beiden Sternen gehißt! Geschäft ist Geschäft, auch wenn dabei sozusagen ein Stück deutschen Bodens verschachert und verschoben wird. Ein nach Wilhelms des Doornigen Anspruch „vaterlandsloser Geselle“ kann dazu nur sagen: „Pui Teufel!“

Der „narzissenreine“ Reichstag.

Die nationalsozialistischen und die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten haben zum Zeichen ihres „flammenden Protestes“ gegen die verschärfte Geschäftsordnung den Reichstag verlassen und wollen erst wiederkehren, wenn die Regierung einen „besonders tüchtigen Anschlag gegen die Freiheit und nationale Würde des deutschen Volkes ausüben wird“. Der Reichstag hat durch den Auszug der Krakeeler und Saboteure jeder sachlichen Arbeit nichts verloren; die Nazis verlieren dagegen täglich mehr an Ansehen und Einfluß beim deutschen Volke, weil ihre Unfähigkeit immer klarer zutage tritt. Aber die deutsche Arbeiterchaft wird scharf auf der Wacht sein müssen, daß die Nazis jetzt nicht einen „besonders tüchtigen Anschlag“ auszuführen versuchen.

Achtung, Arbeiterdichter!

Der Herausgeber der „Arbeiterfrage“, „Aus der Tiefe“ usw. ersucht alle Genossen und Genossinnen, die vielicht Gedichte verfassen, Romane oder Schauspiele geschrieben haben, sich mit ihm in Verbindung zu setzen. Adolf Leventstein, Berlin W, Helmstedter Straße 19.

Literarisches.

Gewerkschaftliche Fernreisen. Einige Tage Ferien im Jahr haben allen Arbeitern zur Verfügung. Nicht mehr durch die Gnade des Unternehmens, sondern von den Gewerkschaften erkämpft. Diese Urlaubsstage müssen erteilt und verteidigt werden. Nur geringe Mittel stehen dem Arbeiter für seinen Urlaub zur Verfügung. Sine kommt der Mangel an Zeit und Unerschaffenheit, um die Ferienreise gut vorzubereiten. Deshalb muß, um auch im Urlaub wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, auch hier organisiert werden. Schon im Jahre 1913 empfahl das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Fernreisen zu organisieren. Aber erst nach dem Krieg konnte diesem Rat Folge geleistet werden. Der Ortsausschuß Leipzig schuf eine gut ausgestattete Reiseorganisation, die sich seit Jahren steigender Beliebtheit erfreut und durch die Werbung der Ortsausschuß Leipzig und Chemnitz sowie seitens der Verlags-Gesellschaft des G. O. V. Unterstützung findet. Der uns vorliegende illustrierte Prospekt über die im Jahre 1931 vorgeschlagenen Reisen läßt in uns den Wunsch taub werden, jeder Arbeiternehmer möchte sich an einer dieser schonen Reisen beteiligen können. Es sind 2. B. vorgeschlagen: drei Fern-Länder-Touren: 1. ab 15. Mai 1931, 2. ab 8. Juli 1931, 3. ab 2. September 1931 (Dauer etwa 3 Wochen). G. O. V. Leipzig (Herrschingstr. 3) vom 20. bis 28. Juni 1931. Wollmilch - Gedächtnis - Gedächtnis - Riga - Verona - Venedig - Leipzig (vom 20. bis 28. Juni 1931). Im Kraftwagen durch den Thüringer Wald vom 6. bis 8. Juli 1931. Mit dem Kraftwagen durch den Schwarzwald und nach dem Spaltensee vom 12. bis 19. Juli 1931. Nach Nordfrankreich und Paris vom 23. Juli bis 2. August 1931. Im Kraftwagen nach dem Harz vom 27. bis 30. Juli 1931. Nach der Röhre und den Harzgebirgen vom 1. bis 8. August 1931. Im Kraftwagen nach der Oberlausitz und der tschechischen Grenze vom 10. bis 13. August 1931. Schwab - Berner Oberland vom 15. bis 20. August 1931. Nach Jugoslawien vom 22. August bis 6. September 1931. Rhein - Aachen - Mosel vom 25. August bis 7. September 1931. Fernreisen werden vermittelt im Eisenbahn-Verkehr der Gewerkschaften. Fernreisen werden in Leipzig (Leipzig) durchgeführt. Eine nähere Angabe enthält der Prospekt. Fernreisen werden gegen Entlohnung von 40 Pf. portofrei bezogen. Es enthält die Prospekt-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, Julehr. 3.

Im Februarheft der „Uranie“ schreibt über die Bodenbakterien R. S. Franck, über die Gestaltung der Persönlichkeit L. Herzberg, über Peter Kropotkins ein Schüler des Vorbildes, über Sport in England Karl Eisehart. Sportliche Bilder schicken Sie an: Das Freizeitsport, der neue Band“ beschließt das Heft. Interessenten werden Prospekte und Prospekt zu kostenlos gelandt. Sie brauchen nur beim Urania-Verlag in Jena angefordert zu werden.

Die Monatszeitschrift der Böhmerische Ostenberg nähert sich immer mehr dem Charakter eines inhaltlich wertvollen und neuzeitlich angelegten Zeitschriften. Das Jahrbuch, das jetzt vorliegt, enthält mehrere Ergänzungen. Einmal in einem ausnahmigen Sinne, ein handlich, schön gestaltetes, leichtes und festes, mit zahlreichen Abbildungen behandelter Hefen wie Peter, Louis Comich, Oswald, Koberger. Diese Zeitschrift erhalten die Mitglieder der Böhmerische Ostenberg monatlich kostenfrei.

Lesen Sie gesund. Was werden erschienenen Heft der bekannten satirischen Zeitschrift „Die Leuchttraktate“ gibt hierzu reichlich Anlaß. Durch viele ausgeführte Karikaturen, die wie immer die wichtigsten Vorfälle in der Welt in Form veranschaulicht. Dazu die illustrierten Zeitschriften „Licht über Land“ und „Licht über Meer“. Die von erstklassigen Fachmännern geleitete Kaffee- und Schokolade-Fabrik betreibt 20 Pf. pro Exemplar, Jahresabonnement 3,00 Mk. Probennummer verschickt auf Wunsch die Verwaltung, Wien IV, Mittelsteifig Nr. 3.

Unterhaltung, Wissen und Bildung

Der Löwe.

Von Theodor Egel.

In grauen Zeiten galt im Reich der Tiere das Recht der Freiheit und Gleichheit: jede Kreatur war frei, und keine war einer anderen untertan.

Aber schon damals fragten die Tiere: und der Löwe war stärker und gefräßiger als alle und verschlang jegliche Kreatur, die er erjagen konnte; da war keine Sippe, die er nicht in Trauer brachte.

Endlich traten die Verfolgten zusammen und berieten über Mittel und Wege, wie man diesem trostlosen Zustand ein Ende machen könne.

„Der Löwe ist ein Freier und Verbrecher“, sagte der Büffel. „Der Löwe ist ein Räuber und Mörder“, sagte die Giraffe. „Der Löwe ist ein Verächter unseres heiligsten Rechtes“, sagte der Hirsch, „und darum verdient er den Tod.“

„Ja“, riefen alle Tiere, „hundertfach hat er den Tod verdient“, und sie versammelten ihn zum Tode.

„Aber wer wagte es, das Urteil an dem Schrecklichen zu vollziehen?“

Und wiederum berieten die Tiere. Und das Kamel ergriff das Wort und sprach: „Genossen! Wir wollen großmütig sein. Wir wollen Gnade üben. Wir wollen dem Bösartigen sein verrücktes Leben schenken, aber wir müssen ihn unschädlich machen, und darum laßt ihn uns verbannen.“

„Ja“, riefen alle Tiere; und sie verbannten ihn.

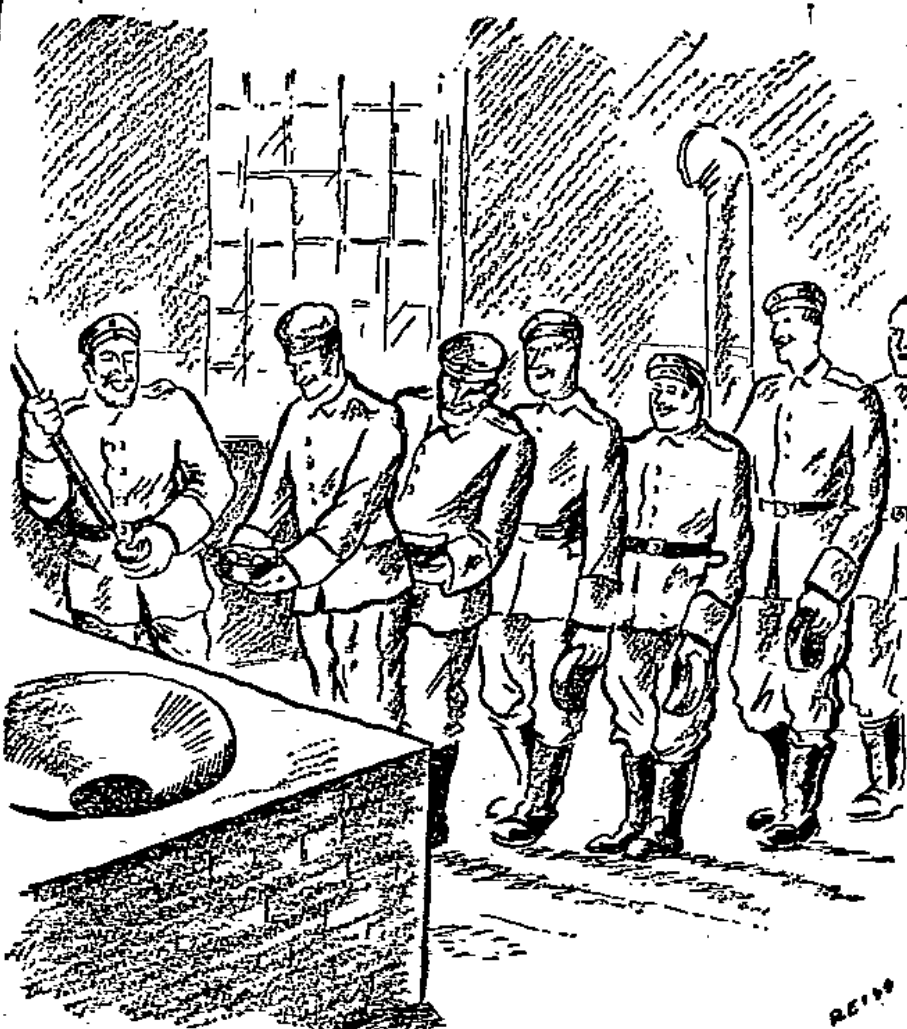
„Aber wer vermochte es, den Fürchterlichen zu vertreiben?“ — Und zum drittenmal berieten die Tiere. Sie wußten keine Rettung.

Da sprach zuletzt das Pferd: „Genossen! Es ist gewiß, daß der Löwe ein Schandfleck in unserer Gesellschaft ist, den wir auslöschen müssen. Da wir den Freier aber weder umbringen noch vertreiben können, so rate ich, ihn aber das Gesetz zu stellen, indem wir ihn zu unserem König machen.“

Das Pferd überzeugte die Tiere, und sie verliehen dem Löwen die erbliche Königswürde.

Und sie waren wieder zufrieden und glücklich, denn wer furchtlos dem Löwen unter die Klauen kam, der hatte das kostbarste Bewußtsein, nicht einem sträflichen Verbrecher zum Opfer zu fallen, sondern für eine große Idee verbluten zu dürfen.

(Aus Theodor Egel's im Verlag von Walter Seifert in Seilbrunn erschienenen „Gesamtausgabe seiner „Fabeln“.)



„Stund“ an riß die Kette der Kartoffelangler nicht mehr ab. Fast eine ganze Woche dauerte die Herrlichkeit. Auf die Dauer konnte aber dem scharfen Auge des täglich kontrollierenden Herrn Majors die immer größer werdende Lücke im Kartoffelberge nicht entgehen. Eines Tages — wir waren nicht, wie sonst, gewarnt — erschien unverhofft unser Quälgeist im Keller, begleitet von einem Doppelposten, der mit einem neuen Schloß die Kellertür sicherte. Es hat wohl selten ein Mensch ein dümmeres Gesicht gemacht als unser Major. Ungeheuerliches spielte sich vor seinen Augen ab. „Pück“, eine Kartoffel wandert nach oben. „Pück“, folgt die zweite



nach. Und „Pück“ die dritte. Aber jetzt hat sich unser Major ermannet. Er stürzt nach oben. Die Posten stehen noch lange und krümmen sich vor Lachen. Bei uns schlug es nun mit Hilfe des schnell herbeigeholten Kompanieführers ganz gewaltig ein. Sprechen wir nicht darüber. Strafe muß sein. In Zukunft mußten wir einen Posten von vier Mann am Trichter stellen. Heute kann ich's verraten. Geholfen hat auch das nicht. Waren doch diese Posten von unserer „Mitte“, die nach der Ablosung auch angeln wollten. Nur haben wir in der Folge ganz freiwillig noch einen Horschpeßten bestellt, und zwar in die Nähe der Kellertür. Der hat uns vor weiteren Überraschungen bewahrt. Heute noch kann ich über diese Kartoffelgeschichte beruhigt lachen. Vielleicht sind unter anderen Verhandlungskollegen einige Kameraden von damals. Wären sei diese Erzählung ein besonderer Gruß.

nach. Und „Pück“ die dritte. Aber jetzt hat sich unser Major ermannet. Er stürzt nach oben. Die Posten stehen noch lange und krümmen sich vor Lachen. Bei uns schlug es nun mit Hilfe des schnell herbeigeholten Kompanieführers ganz gewaltig ein. Sprechen wir nicht darüber. Strafe muß sein. In Zukunft mußten wir einen Posten von vier Mann am Trichter stellen. Heute kann ich's verraten. Geholfen hat auch das nicht. Waren doch diese Posten von unserer „Mitte“, die nach der Ablosung auch angeln wollten. Nur haben wir in der Folge ganz freiwillig noch einen Horschpeßten bestellt, und zwar in die Nähe der Kellertür. Der hat uns vor weiteren Überraschungen bewahrt. Heute noch kann ich über diese Kartoffelgeschichte beruhigt lachen. Vielleicht sind unter anderen Verhandlungskollegen einige Kameraden von damals. Wären sei diese Erzählung ein besonderer Gruß.

Tod im Dschungel.

Die nachfolgende Erzählung ist dem Roman „Ein Dorf im Dschungel“ von L. S. Wolff entnommen. Das Buch erschien im „Biederfeld“ (Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 7/8.)

Hinnihami's werkwürdiges Gebilde mit dem Hirsch war im Dorfe wohl bekannt und niemals gebilligt worden. Zuerst betrachtete man es einfach als die Nachbarn einer „Verrückten“. Diese Ansicht bekam jedoch das Mädchen jählich nur sehr selten zu hören, denn die meisten Dorfbewohner hatten Respekt vor ihrem schnell entfachenden Zorn. Aber etwa um die Zeit, als die Ruhr- und Typhus-Epidemie im Dorfe wüthete, begann man sie im Dorfe von einer anderen Seite anzusehen. Die Ursache war Pundirala. Die Verückte und ihr Kind“, sagte er. „Was ist verriickt daran? Ein schlechtes Weib ist sie, ein schlechtes Weib. Ich weiß etwas von Zanderei. Ich hätte sie zu mir ins Haus genommen. Aber konnte ich mit ihr leben? Ich mußte sie sehr bald fortjagen. Ich wollte nicht, daß die Herde mit ihrem bösen Blick Unglück über mein Haus brachte. Fragt meine Mutter, ob sie nicht gehört hat, wie sie sich eine Yakkini nannte. Nur durch meine List konnte ich das Unglück bannen, mit dem sie mich bedrohte. Und dann kommt dieser Hirsch, den sie im Dschungel gefangen haben wollen. War nicht das Weib in derselben Nacht in Kindesliden? Bringt den Fetus nicht Leibel zum Welt? Sängen Frauen Hirschkühler? Wahrscheinlich ein Leibel ist es, geboren von einer Zenselin. Seht doch das Unheil, das mit ihm ins Dorf kam. Die Saaten verdorrten, und die Mütter und die Jungen starben. Es hat uns Rot und Krankheits und Tod gebracht.“

Es dauerte nicht lange, und das Dorf begann Pundirala's Anblick zu teilen. Die kleinen Kinder wurden eilig verdeckt, wenn Hinnihami vorüberging. Natürlich war der Hirsch ein Leibel, der Unglück über das Dorf gebracht hatte. Man erzählte, daß er zur Nachtzeit umherstreife und die Leichen in den frischen Gräbern freisse. Eines Tages brachte ein besonderer Vorfall die feindselige Stimmung gegen Hinnihami zum Ausbruch.

Der kleine Sohn des Dorfbestemten starb plötzlich, ohne eigentlich krank gewesen zu sein. Dann erinnerte man sich, daß das Kind drei Tage vor seinem Tode Hinnihami und dem Hirsch begegnet war. Das Kind hatte ein paar Zweige in der Hand getragen, und als der Hirsch herangekommen war, um davon zu naschen, hatte es sie hinter sich gehalten. Der Älteste und der Wederala waren überzeugt, daß Hinnihami und der Hirsch unmittelbar an dem Tode des Kindes schuld seien. Sie überlegten hin und her. Nachbarn wurden gerufen und gingen und kamen und besprachen sich im Hofe des Ältesten; endlich beschloß man zu handeln.

Am nächsten Morgen sammelte Hinnihami in einer alten Chena Feuerholz. Der Hirsch war bei ihr und ste nicht weit entfernt im jungen Grase. Pöblich hörte sie ein Geräusch. Eine Rofte von Männern und Knaben aus dem Dorfe war leise durch den Dschungel geschlichen und stand jetzt zwischen dem Hirsch und ihr. Als sie aufstah, flog der erste Stein; er verfehlte sein Ziel, aber ein zweiter kam und traf mit einem dumpfen Aufschlag den Hirsch in die Flanke. Er stürzte in weichen Sägen. Hinnihami schrie auf und lief auf ihn zu. Als er ihre Stimme hörte, blieb er stehen und sah sich um. Ein Hagel von Steinen fiel rings um ihn; Blut begann von seinen Flanken zu tröpfeln, plötzlich stürzte er mit zerschmetterten Vorderläufen vornüber auf den Kopf. Die Männer jubelten. Hinnihami, die herbeirannte, wurde von zwei Burtschen gepackt und rückwärts auf den Boden geschleudert. Sie fiel schwer und war für einen Augenblick betäubt; dann hörte sie einen langgezogenen Klageaufschrei und sah, wie der Hirsch inmitten der hochlachenden Bande sich vergeblich auf seinen gebrochenen Rücken aufzurichten versuchte. Sie schloß die Augen und dachte an den Tod; eine maßlose Wut packte sie, und sie stürzte sich auf die beiden Männer, die ihr den Weg verperrten. Klatschend fielen Schläge auf ihren Kopf und die Brust, ihre Jacke wurde zu Fetzen gerissen, und endlich brach sie erschöpft zusammen.

Der Anblick des blutenden Hirsches und des halb nackten Weibes am Boden sandte eine Welle von Grausamkeit und Wollust durch die Männer. Sie rissen Hinnihami ihr Tuch ab, packten sie bei den Armen und schleppten sie nackt zu dem Hirsch hin.

„Hier tröste deinen Yakka, Yakkini. Hast du keine Milch mehr für ihn in deiner Brust?“

Sie hielten sie fest, damit sie sah, was sie taten. Der Hirsch schloß die Augen vor Schmerz. Einer von den Männern schnitt einen dicken Knüttel und schlug damit auf die Hinterläufe, bis sie gebrochen waren. Hinnihami kämpfte, aber sie war machtlos in ihren Händen. Endlich, als sie der Quälerei müde waren, warfen sie sie neben den Hirsch auf den Boden und gingen davon.

Hinnihami war unverletzt, aber befaßt vor Entsetzen und Wut. Der Hirsch schloß die Augen vor Schmerz. In dem Verlangen, ihn nach Hause zu bringen, versuchte sie ihn aufzuheben. Aber er klagte bei der geringsten Berührung, auch war er zu groß geworden, als daß sie ihn hätte tragen können. Sie fühlte, daß er verloren war. Sie warf sich neben ihn auf die Knie, streichelte seinen Kopf und flehte ihn an, sie nicht zu verlassen. — „Pundir Appu, du darfst nicht sterben. Sicherlich, der Gott, der dich mir sandte, wird dich retten. Pundir Appu! Pundir Appu, du kannst nicht sterben.“

Dann überwältigte sie das Gefühl dumpfer Verzweiflung. Einen zeitlosen Tag hindurch sah sie da. Sie merkte es nicht, als der Hirsch starb; sie wußte nur, daß er tot und mit ihm alles für sie erloschen war. Jetzt hatte sie nichts mehr, für das sie leben konnte, und schon fühlte sie das Leben langsam von sich gleiten. Sie dachte an das Kind, das sie verloren hatte; es hatte ihr geholfen, und sie hatte es betrauert, aber niemals hatte sie das Kind geliebt, wie sie an dem Hirsch gehangen hatte. Er war, ein mildes Ding aus dem Dschungel, zu ihr gekommen, die geheimnisvolle Gabe des Gottes. Jetzt lag er, tot mit zerschundenen Gliedern da. Sie erschauerte, wenn sie an die Szene dachte, erschauerte, als sie sich des dumpfen Aufschlages der Steine erinnerte.

Silindu fand sie am nächsten Morgen neben dem Hirsch am Boden liegend; ihr Haar war naß von Tau und die Kleider steif von der nächtlichen Kühle des Dschungels. Es kostete ihn große Mühe, sie zu sich zu bringen. Endlich erkannte sie ihn.

„Laf mich, Appochi“, sagte sie immer wieder. „Laf mich hier sterben; er ist ja tot. Laf mich hier sterben, Appochi.“

Silindu schlug ihr Tuch um sie und trug sie auf seinen Armen nach Hause. Sie weinte ein wenig, als sie seine Tränen auf sich fühlte, aber dann gab sie kein Zeichen von Leid mehr. Schweigend lag sie im Hause, bereit zu sterben. Sie hatte aufgehört zu denken und zu fühlen. Das Leben fand an ihr keinen Halt mehr und entflo, als sie in tiefem Schlafe lag, in der Stunde des Sonnenaufgangs.

Silindu fand sie am nächsten Morgen neben dem Hirsch am Boden liegend; ihr Haar war naß von Tau und die Kleider steif von der nächtlichen Kühle des Dschungels. Es kostete ihn große Mühe, sie zu sich zu bringen. Endlich erkannte sie ihn. „Laf mich, Appochi“, sagte sie immer wieder. „Laf mich hier sterben; er ist ja tot. Laf mich hier sterben, Appochi.“ Silindu schlug ihr Tuch um sie und trug sie auf seinen Armen nach Hause. Sie weinte ein wenig, als sie seine Tränen auf sich fühlte, aber dann gab sie kein Zeichen von Leid mehr. Schweigend lag sie im Hause, bereit zu sterben. Sie hatte aufgehört zu denken und zu fühlen. Das Leben fand an ihr keinen Halt mehr und entflo, als sie in tiefem Schlafe lag, in der Stunde des Sonnenaufgangs.

Was die Leute sagen...

Von Robert Götz (Willsbach).
Bist du ein braver Mann und bleibst beim Weib In stillen Heim sitzest und urgemüthlich, So wird die Nachbarschaft zum Zeitvertreib Ihr Urteil fällen, und zwar unterschiedlich:
Die einen nennen dich — Kartoffelheld,
Bei jenem bist du Geizhals reinstes Wassers,
Ein anderer sagt — so ist einmal die Welt —
Du führst das Leben eines stillen — Prassers!
Suchst du ein Haus auf, wo ein blankes Schild Zur Einkuhr lockt, nimmst dann als zahmer Jecher Bescheiden Platz beim „Wirtle wundermild“ Und trinkst in Ruhe deinen Abendbecher:
Dann fallen Reden wieder, frech und plump,
Und du erkennst aus jedem Spiel der Miene:
Es klemmt dich zum Kaiser und zum Lump Die — Gertrud, Nina, Lina und Sabine!

Nun lies aus diesen Verslein die Moral:
Du bist und bleibst für alle Zeit geschlagen,
Wenn du zulezt in diesem Jammerthal
Nur noch auf das hörst — was die Leute sagen!

Humoristische Ede.

In einer Zeitung Süddeutschlands fanden wir folgendes bemerkenswerthe Inserat: Die Aukerung, die ich im Goldenen Löwen machte, wonach die Hälfte des Gemeinderats Ochsen seien, nehme ich mit Bedauern zurück. Ich stelle fest, daß die Hälfte des Gemeinderats keine Ochsen sind.
In einer anderen Zeitung Oberbayerns finden wir folgende Anzeige: Ich warne hiermit jedermann vor Verbreitung des Gerüchtes, meine Schwiegermutter sei eine lustige Witwe; das Gegenteil ist der Fall, was ich wiederholt feststellen konnte. Michael Oberhuber.

Der verkaufte Souffleurkasten.

Vor dem Kriege war es am Hoftheater zu M. üblich, Richard Wagner's „Lauhänger“ mit ganz besonderem Aufwand an Ausstattung heranzubringen. Daß in 2. Aufzuge der Landgraf mit seinem Jagdgefolge hoch zu Ross erschien, war ja nichts Besonderes mehr; man ging also weiter und brachte auch noch eine eigens zu diesem Zweck gekaufte Meute von 30 Hunden auf die Bühne. Daß Pferde und Hunde die Bühne zu einem Zweck mißbrauchten, zu dem sich der jählichste Entschluß in einem geschlossenen Raum zurückzieht, erregte bei Mitwirkenden und Publikum schon längst kein Aufsehen mehr, und es wäre auch weiterhin gut gegangen, wenn nicht einer der Hunde eines Tages den Souffleurkasten mit einem Gassenverwechslert hätte und die anderen 29, wie dies bei Hunden eben üblich ist, diesem Beispiel gefolgt wären. Beim ersten „Ergruß“ zog sich der Souffleur entsetzt in die hinterste Ecke seiner engen Behausung zurück; beim zweiten gab er ein energisches „Ksch, ksch!“ vor sich, erreichte aber damit weiter nichts, als daß das Publikum auf seine Not aufmerksam wurde. Der Souffleur ist zwar eine von vielen Namen heiß ungewordene Person, nichtsdestoweniger gönnt man es ihm von Herzen, wenn er auch einmal in „Draß“ kommt. Es ist daher begreiflich, daß seine momentane Zwangslage bei den Mitwirkenden nur ein schadenfrohes Lächeln hervorrief und niemand den Hundem Einhalt gebot. Er war also auf Selbsthilfe angewiesen und versuchte durch Fächeln mit seinem Klavierauszug die Hunde zu vertreiben. Dabei trat ihn ein weiteres Malheur, das ihm entsetzt seinen Hunden und lag in weitem Bogen auf die Bühne, was bei dem inzwischen ebenfalls aufmerksam gewordenen Publikum einen Heiterkeitsschrei auslöste, wie ihn kein Schwanenhändler sich größer wünschen könnte. Dem armen Souffleur jedoch blieb nichts anderes übrig, als stark „angeseufzt“ und schmerzhaft die Stätte seines Wirkens zu verlassen, und erst nachdem sich der Sturm auf beiden Seiten der Rampe gelegt hatte, konnte der Akt — allerdings ohne Souffleur — zu Ende geführt werden.

Von diesem Tage an verzichtete man auf die Mitwirkung der Hunde; das Souffleurbuch aber trägt heute noch die Spuren dieses „schmerzhaften“ Abends. („Danzische Musik-Zeitung“)

Die geangelten Kartoffeln.

Von Fritz Siebhäuser.
Es war im bitterkalten sogenannten Vierjahreswinter 1916/17. Unser Regiment war von der Front zurückgezogen und lag in einem kleinen Dörfchen nahe bei Casu in Ansbach. Meine Kompanie wurde in einer ehemaligen Brauerei untergebracht, in einem 10x20 Meter großen, vollständig kahlen Raum, der nur mit ein wenig Stroh und einem kleinen französischen Pferd ausgestattet war. In einer Ecke saß ein Behälter mit etwa 15 Zentimeter Durchmesser, durch dessen Rohr in Friedenzeit die Brauerei geleitet wurde, in den Keller. Sogleich nach unserer Ankunft veränderten einige Kameraden die Einrichtung. Sie übertrugen uns mit der Nachricht, daß in unserem Keller ungeheure Mengen Kartoffeln lagerten. Das war ja gerade das, was uns fehlte. Ein die Kellertür sperrendes Schloß bildete für uns durchaus kein Hindernis. In kurzer Zeit prasselte im Herd ein lustiges Feuer. Die ersten Kartoffeln wurden anständig gewaschen und noch viel anständiger gegessen.
Echon am andern Tag wurde dieses Schlaraffenleben gefährdet. Das Verhängnis ereignete sich in Gestalt des Herrn Ortskommendanten, eines wüthigen Majors, der die ihm anvertrauten Schätze revolvierete. Er, das Kommandantenthor war nicht schlecht. Die Kartoffeln seien für die Ortsbewohner bestimmt! Ein großes Unrecht, so denen zu nehmen! Der eine grünte verstopfen, der andere offen. Jeder aber dachte ja, die Kartoffeln können wir! Ein Wort ging damals bei uns um. „In die Etappe noch so klein, sie will recht gut verpackt sein.“ Sowie stand fest, aus allen Frontsoldaten konnte er nicht ignorieren. Es kam, wie es kommen mußte. Der Weg ging von uns an durchs Kellertor. Auch größter Vorsicht kam der Herr Major schon nach einigen Tagen hinter unsere Schliche. Erfragt: Erfragt werden für alle, da niemand den anderen verraten wollte, und ein Stiller vor das Fenster. Wie das nun so ist, verdrängen die Menschen wollen das Unrecht nicht einsehen. Es dachte uns die Nähe, immerfort denken zu müssen, unter was neuen Schlägen, die wir gebieten zu werden brauchen. Und sie wurden gegeben. Ein furchiger Kopf lehnte über dem schon erwähnten Trichter, durch den man in dunkler Tiefe die so sehr begehrten Kartoffeln liegen sah und deklarieren: „Wie liegt der noch und doch so fern?“ „Halb so hoch!“ unterbrach er sich. Und sogleich brachte er seine wahrhaft geniale Idee zur Verwirklichung. Eine lange Stange mit einem an der Spitze eingetriebenen Nagel wurde vor unsern kommandierten Augen zur großartigsten Angel. Von